

DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung



32 (2016)



Karikatur: Luhama 2016

Wie weit geht der Rechtsruck?

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem politischen Rechtsruck in Deutschland, mit den Wahlerfolgen der AfD und dem Vokabular von Björn Höcke, welches Parallelen zum NS-Sprachgebrauch aufweist. Wir thematisieren, wie Pegida im medio-politischen Diskurs verhandelt wurde und welche Effekte die jeweiligen Deutungsmuster mit sich bringen. Auch richten wir den Blick nach Frankreich und Schweden.

Aus dem Inhalt

Die AfD auf dem Weg zur drittstärksten Partei?

Zur NS-Rhetorik von Björn Höcke

Sachsen mal wieder

Der hegemoniale Umgang mit Pegida

Front National und anti-muslimischer Rassismus

Extreme Rechte in Schweden

Neues aus der Bücherwelt Amerikas

Genealogie als Kritik

Das Mombasa-Syndrom

Nachruf auf Heinrich Strunk

Heimatfront Flüchtlingsheim

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske, Maren Wenzel

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises



Auf dem Weg zur drittstärksten Partei?

Ein Kommentar zu den jüngsten Wahlerfolgen der AfD. Von *Helmut Kellershohn*

Die AfD schwimmt zurzeit zweifellos auf einer Erfolgswelle. Sieht man einmal von ihrem Zwischentief nach der Spaltung der Partei 2015 ab, hält diese Erfolgswelle seit 2014 an. In allen seitherigen zehn Landtagswahlen gelang ihr der Sprung in die Landesparlamente, sieben Mal lag sie im zweistelligen Bereich. Bei den diesjährigen Landtagswahlen kam sie zweimal über die zwanzig Prozent (ST 24,3%, MV 20,8%), in drei Ländern (BW, MV, ST) wurde sie zur stärksten Oppositionspartei, im „Merkel-Land“ Mecklenburg-Vorpommern überrundete sie gar die CDU. Dass sie aus den kommenden Bundestagswahlen als drittstärkste Partei (vor den Grünen und vor der LINKEN) hervorgeht, ist nicht unwahrscheinlich. Worauf beruht dieser Erfolg?

1. Die AfD ist keine Ein-Punkt-Partei, auch wenn sie zunächst von der Eurokrise und dann der Flüchtlingsdebatte profitiert hat; sie ist keine Partei, die sich auf das randständige Image einer Neonazi-Partei reduzieren ließe, auch wenn sie zweifellos einen starken völkischen Flügel hat und immer wieder rechtsextreme Kräfte in der Partei ‚enttarnt‘ werden; sie ist keine reine Protestpartei, sondern verfügt über einen stabilen Anhängerstamm, der in etwa genauso groß ist wie der in den Anfangsjahren der Grünen. Die Stärke der AfD liegt vielmehr darin, dass sie eine Sammlungsbewegung ist, die sich aus verschiedenen ideologischen Strömungen zusammensetzt. Sie ist ideologisch breit aufgestellt, kann von dorthin die unterschiedlichsten Themen generieren, die für den nötigen öffentlichen Resonanzraum sorgen können. Und vor allem: Die AfD ist Ausdruck von Bruchstellen, die in den letzten Jahren die staatstragenden Parteien durchzogen haben. Sie ist, wenn man so will, Fleisch vom Fleische der ‚Staatsparteien‘, insofern auch ein Abkömmling der Eliten, die zu bekämpfen die AfD vorgibt.

2. Wie bei jeder Sammlungsbewegung ist auch die Entwicklung der AfD durch heftige innerparteiliche Konflikte und Flügelbildungen geprägt gewesen, teils bedingt durch Rangkämpfe innerhalb des Füh-

rungspersonals, teils bedingt durch das unvermeidliche Ringen um einen tragfähigen ideologischen Konsens. Auch nach der Abspaltung des Lucke-Henkel-Flügels gingen diese Kämpfe weiter, nicht zuletzt durch die rege propagandistische, auf massive Provokationen setzende Tätigkeit des durch Teile der Neuen Rechten (Institut für Staatspolitik) inspirierten völkischen Flügels um Björn Höcke und Andre Poggenburg, dem sich der nationalkonservative Alexander Gauland anschloss.

Mit dem Grundsatzprogramm, das in diesem Jahr verabschiedet wurde, hat sich eine zwar prekäre, aber zumindest vorläufige Kompromissstruktur herausgebildet, die auch durch die jüngsten Querelen um die baden-württembergische Landtagsfraktion nicht infrage gestellt wurde. Sie beruht unter anderem auf folgenden Säulen: Erstens auf der Idee eines „starken Staates“, eines „nationalen Wettbewerbsstaates“ in der Tradition eines sich bereits in der Weimarer Republik entwickelnden „autoritären Liberalismus“ (Hermann Heller), der nach innen die Gesetze der ‚freien‘ Marktwirtschaft exekutiert und nach außen eine Renationalisierung der Wirtschaftspolitik einfordert, gegen EU, Euro und TTIP; zweitens auf der Betonung der nationalen Souveränität und des nationalen Interesses in außen- und mili-

tärpolitischer Hinsicht, wobei zur Zeit die Mitgliedschaft in der Nato (noch) nicht in Frage gestellt wird; drittens auf der Fiktion einer weitgehend ethnisch-kulturellen Einheit der Nation, einerseits in der Tradition des völkischen Nationalismus (Volk als Abstammungsgemeinschaft), andererseits unter (angemessener) Berufung auf christliche und aufklärerische Traditionen mit Stoßrichtung gegen das erklärte Feindbild des Islams; viertens auf einer Idealisierung der bürgerlichen Kleinfamilie mitsamt der Attribute, die dieser Institution zugewiesen werden (Naturalisierung traditioneller Geschlechterrollen etc.); und fünftens auf dem Konzept eines Staatsumbaus, der direkt-demokratische Verfahren mit einer Stärkung der Rolle des Bundespräsidenten verbindet und auch damit an Konzepte aus der Weimarer Republik anknüpft, die in die Richtung eines plebiszitären Präsidialregimes weisen.

3. Entgegen ihrer Genese als einer dominant neo(national)liberalen und nationalkonservativen Gruppierung mit besitz- und bildungsbürgerlichem Habitus ist es der AfD gelungen, Wählerschichten aus der Arbeiterklasse zu erschließen. Sie ist mittlerweile, was die Sozialstruktur ihrer Wählerschaft anbetrifft, sehr viel breiter aufgestellt als noch 2014. Symptomatisch hierfür war die Eroberung eines Direktmandats in einem traditionell sozialdemokratisch wählenden Wahlbezirk in Mannheim oder etwa, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, die Eroberung von vier Direktmandaten in Ostberlin. Die wachsende Bedeutung des völkischen Flügels in der Partei, dem Gauland und Petry bereitwillig ‚Tribut‘ zollten, hat dazu ebenso beigetragen, wie die populistische Ansprache an ein plebejisches Protestpotential.

Die Überlagerung der Frontstellung gegen ‚die da oben‘ durch die völkische Entgegensetzung von ‚deutsch‘ und ‚nicht-deutsch‘, wie sie sich in der semantischen Umwidmung der Parole „Wir sind das Volk“ niederschlägt, wurde sowohl durch Pegida als auch die AfD im Kontext der Flüchtlingsbewegung propagandistisch inszeniert. Der auch in Arbeiterschichten vorhandene Alltagsrassismus erhielt dadurch eine politische Stoßrichtung, von der die Linke (sowohl in der LINKEN als auch in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften) sichtlich überrascht wurde

4. Ein Wort zum Ansatz der Kritik. Dass Menschen ihre prekäre soziale Situation schon seit langem nicht mehr in Kategorien der Klassenseinsetzung wahrnehmen, sondern ihre plebejische Wut gegen sich selbst (als Resignation, Verbitterung oder Versagensgefühl) und nunmehr, in

einem Akt der Verkehrung, gegen Fremde wenden, ist dabei ironischerweise auch ein Ausdruck oder Reflex verbreiteter linker Selbstgefälligkeit, die glaubt, man brauche sich nicht mehr mit solchen ‚Banalitäten‘ wie Ausbeutung, sozialer Deprivation und grassierender Verunsicherung der Lebensperspektiven auseinanderzusetzen. Die Rechte übersetzt Entfremdung mit „Überfremdung“ und legitimiert damit den vorhandenen Alltagsrassismus, gibt ihm somit den Anschein moralischer Berechtigung. Der Linken muss daran gelegen sein, diesen Prozess wieder ‚rückgängig‘ machen. Dabei reicht es nicht aus, Rassismus als Rassismus moralisch zu brandmarken. Die Kritik des Rassismus ist notwendig, aber rassistische Einstellungen sind, um mit Wolfgang Fritz Haug zu sprechen (vgl. Das Argument 314, S. 489), keine Primärdeologie, sondern Effekte einer gesellschaftlichen Konstellation, in der Menschen

wollen, dass nicht sie, sondern Andere die Untersten sein oder erst gar nicht ‚zu uns‘ kommen sollen. Die Kritik des Rassismus bedarf also, analog zur Religionskritik, der Kritik der Verhältnisse, die das Bedürfnis nach rassistischen Ausgrenzungen mit produzieren. Von „Menschenfeindlichkeit“ zu sprechen, vergisst die menschenfeindlichen Verhältnisse, in denen Menschen leben. Und wer den Anti-Egalitarismus der Rechten im Namen bürgerlicher Gleichheit und im Namen der Menschenrechte kritisiert, übersieht, dass im Namen dieser Rechte Menschen verpflichtet werden, ihr Glück nur in den Mitteln des Kapitals: Privateigentum, Lohnarbeit und Geld zu suchen, was allemal die Zwangsläufigkeit von Ungleichheit impliziert, die die Rechte wiederum zur anthropologischen Gegebenheit schlechthin naturalisiert. Wer – frei nach Horkheimer – die AfD kritisieren will, sollte davon nicht schweigen.



Foto: Olaf Kosinsky/wikimedia CC BY-SA 3.0 DE

Zur NS-Rhetorik des AfD-Politikers Björn Höcke

Von Andreas Kemper

Zur Beantwortung der Frage, ob Björn Höcke „nur“ eine faschistische Ideologie verbreitet (Kemper 2016) oder ob Björn Höcke ein Neonazi ist (hier wäre die „Landolf Ladig“-Geschichte endlich zu klären), sollte auch das einschlägige Vokabular Höckes herangezogen werden, welches er in seiner völkischen Propaganda bzw. für diese benutzt.

„Tat-Elite“

Mehrfach benutzte Höcke die Bezeichnung „Tat-Elite“. Unter anderem fiel diese Selbstkennzeichnung „seiner“ Bewegung in der berühmten Rede am Institut für Staatspolitik, als er die rassenbiologischen Thesen vom „afrikanischen Ausbreitungstypen“ darlegte. Die „Tat-Elite“ solle die „Pseudo-Eliten“ um Angela Merkel ersetzen. „Tat-Elite“ war die Selbstbezeichnung der SS (Hein 2014), vor allem im Bereich des Sports (Bahro 2013). Sollte das dem Geschichts- und Sportlehrer Höcke entgangen sein?

„Wendezeit um Sein oder Nichtsein“

In einer Grußbotschaft an die Vorsitzende Marie Le Pen vom Front National beschwor Björn Höcke den Zusammenhalt der nationalen Kräfte in der „historische[n] Wendezeit um Sein oder Nicht-Sein“. Diese Formulierung „Sein oder Nichtsein“ benutzte Hitler mehrfach, bspw. 1934 in einer Nürnberger Rede, in der er die Gebärfähigkeit deutscher Frauen beschwor. Diese Phrase wurde zudem zentral von Joseph Goebbels zur Begründung des „Totalen Krieges“ verwendet (Goebbels 1944).

„Volk steht auf, der Sturm bricht los!“

Goebbels beendete in seiner Sportpalast-Rede, in der er die Frage nach dem „Totalen Krieg“ stellte und ihm die rechten Arme mit einem einstimmig gebrülltem „Jaaa!“ entgegen gereckt wurde, mit dem Satz: „Nun Volk steh auf und Sturm bricht los!“. Die Internetplattform „Der Flügel“, für die Björn Höcke im Impressum steht, veröffentlichte am 23.09.2016 das Theodor Körner zugeschriebene Zitat: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“ Weiter heißt es: „Noch sitzt ihr da, ihr feigen Gestalten, vom Feinde bezahlt und dem Volke zum Spott. Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das

Volk und es gnade euch Gott.“ Erhard Jöst (2015, S. 29) weist allerdings darauf hin, dass diese Sätze keinesfalls von Körner seien, sondern spätestens seit einer NPD-Veranstaltung („Wahrheit macht frei“, 1991) Körner untergeschoben würden. Es scheint Höcke also keinesfalls um die „Ehrung Körners“ zu gehen, sondern um die Propagierung der Parole „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ – als Geschichtslehrer müsste er die Sportpalast-Rede Goebbels' kennen.

„Bewegungspartei“

Adolf Hitler nannte die NSDAP die „Partei der Bewegung“. Entsprechend bezeichnet Höcke die AfD als „fundamentalloppositionelle Bewegungspartei“.

„Entartung“, „Degeneration“, „Dekadenz“, „Verfall“

Diese Begriffe gehören zusammen und verweisen auf eine organozistische Palangenetik, also auf eine Weltanschauung nach der ein Volk etwas Organisches sei, seiner organischen Bestimmung bzw. Mission allerdings aufgrund von „Degenerationen“ nicht nachkommen könne. Das Volk müsse daher von „Entartungen“ und „Dekadenz“ befreit werden, es drohe sonst der komplette „Verfall“.

„organische Marktwirtschaft“

„Organische Marktwirtschaft“ ist ein Kunstbegriff von Björn Höcke bzw. von einem Neonazi, der unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ schrieb. Die Indizienkette für eine Identität von Björn Höcke und „Landolf Ladig“ ist derart dicht, dass eine alternative Erklärung für eine Reihe von Über-Zufälligkeiten nicht plausibel ist. Der Umbau der NS-Wirtschaft wurde mit dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ durchgeführt, Grundlage waren mehrere Bücher, die das Begriffspaar „organische

Wirtschaft“ im Titel trugen. Als wesentlich für den Aufbau einer „organischen Wirtschaft“ galt die „Zerschlagung der Zinsknechtschaft“. Auch hier zeigt sich eine Parallele, so fordert Höcke, dass die „degenerierte Volkswirtschaft“ sich vom „zinsbasiertem Globalkapitalismus“ befreien müsse.

„Anlagen des Volkes (Entelechie) erwecken“

Die „Anlagen des Volkes zu erwecken“, war die erzieherische Leitlinie des NS-Pädagogen Ernst Kriek, den der Geschichtslehrer Björn Höcke sicherlich kennt. Diese „Anlagen“ bezeichnete Kriek in einem Rückgriff auf Aristoteles auch schon mal gerne als „Entelechie“, ein Begriff, auf den auch Höcke mehrfach zurückgriff. Höcke setzt auf „organisches Werden (Entelechie)“. Kriek: „Jedes Volk, jede organische Gemeinschaft besitzt geistige Urwesenheit (Entelechie).“ (Kriek 1922, 151)

„dass Deutschland erwacht“

„Deutschland erwache“ war die zentrale Parole der SA in der Weimarer Republik. Dies hindert Höcke nicht daran, ebenfalls davon zu träumen, dass „Deutschland erwacht“. „Deutschland erwache!“ drückt die Kernmerkmale einer faschistischen Geisteshaltung idealtypisch aus: Deutschland ist als ein organisches Wesen gedacht, welches durch ein Erweckungserlebnis vom Dämmerzustand des langsamen Verfalls befreit werden müsse. Höcke bezieht sich in diesem Kontext auch direkt auf den Nationalsozialismus: Deutschland sei seit 1945 „neurotisiert“.

„tausendjährige Zukunft“ Deutschlands

Das „Tausendjährige Reich“ verbinden nicht nur Geschichtslehrer wie Björn Höcke sofort mit dem Nationalsozialismus, es ist quasi ein Synonym, welches durchaus

auch im Alltagswissen bekannt ist. Björn Höcke sprach mehrfach von einer „tausendjährigen Geschichte“ Deutschlands. In einer Rede während einer Demonstration in Magdeburg legte Höcke noch einmal nach und sprach direkt davon, dass er auch auf eine „tausendjährige Zukunft“ Deutschlands hoffe. Ihm muss bewusst gewesen sein, dass alle sofort die Assoziation zum „Tausendjährigen Reich“ herstellten. Es ist also davon auszugehen, dass Höcke diese Assoziation bewusst herstellte. Er forderte wenige Monate später explizit, den Mythos des Deutschen Reiches zu bedienen.

Eine Entschuldigung oder Erklärung gab es im Nachhinein nicht. Er sprach in folgenden Reden spöttisch von „mehreren hundert Jahren“ – die Zahl Tausend dürfe man ja nicht mehr sagen“ Oder aber er ignorierte die Kritik an der Formulierung „tausendjährige Zukunft“ und tat so, als sei lediglich der Verweis auf die „tausendjährige Geschichte“ in die Kritik geraten. Für Björn Höcke sei die „Zeit der Rechtfertigung vorbei“, wie er sich wenig später ausdrückte. Tatsächlich hat Höcke nie auch nur einen Rechtfertigungsversuch für seinen Sprachgebrauch unternommen.

Mythos des deutschen Reiches

Passend zur Hoffnung auf eine „tausendjährige Zukunft“ Deutschlands (Tausendjähriges Reich) ist auch Höckes Forderung während eines Treffens seiner Organisation „Der Flügel“ (bzw. „Erfurter Resolution“): Der Sage nach, so Höcke, warte in der Höhle des Kyffhäuserdenkmals der Kaiser Friedrich II., um „mit seinen Getreuen [...] des Reiches Herrlichkeit wieder herzustellen“. Friedrich II. entwerfe eine Universalreichsidee, die für die Zukunft wichtig werde. Höcke: „Wir müssen uns dabei natürlich die gemeinschaftsbildende Kraft des Mythos wieder neu erschließen, indem wir uns dieser gemeinschaftsbildenden Kraft der Wirkung des Mythos vollumfänglich öffnen.“



Foto: Olaf Kosinsky/wikimedia CC BY-SA 3.0 DE

„Volksverderber“

Während einer Erfurter Demo im März 2016 sagte Björn Höcke: „Sigmar Gabriel, dieser Volksverderber, anders kann ich ihn nicht nennen.“ Adolf Hitler schrieb in „Mein Kampf“: „Hätte man zu Kriegsbeginn (1914) und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet.“

„(gesundes) Volksempfinden“

Höcke spricht von einem „Volksempfinden, das im gesunden Menschenverstand gründe“ (Alternative für Deutschland LV Thüringen 2015). Das „gesunde Volksempfinden“ ersetzte in der Nazizeit die Rechtssicherheit durch verbindliche Gesetzestexte. Nazi-Richter bezogen sich auf ein vermeintliches „gesundes Volksempfinden“: „Sie [die NS-Anwälte, d.Vf.] wer-

den für die geistige Gesundung des Teils der Anwaltschaft Verantwortung tragen, der von den jüdischen Krankheitskeimen bereits angesteckt ist. Sie werden auch dafür sorgen, dass die Kluft zwischen Volk und Justiz verschwindet, daß in deutschen Landen wieder deutsches Recht gilt, daß in diesem Recht auch der einfache Mann die Natursprache des deutschen Herzens erkennt und daß in der Rechtsprechung die nationalsozialistischen Grundideen dem Volke gegenüber Ausdruck finden, die vom Volke ausgegangen sind und die [...] die Basis für den Wiederaufbau des deutschen Volkes bilden.“ (Krämer 1933)

„Feuchtbiopte, in denen sich Keime des Fundamentalismus und der Verbrechen vermehren“

Adolf Hitler 1923: „Nationalismus ist vor allem auch ein Vorbeugungsmittel gegen Krankheitskeime“ (Hitler 1923, S. 423). Björn Höcke 2016: „Asylbewerberunterkünfte sind Feuchtbiopte, in denen sich Keime des Fundamentalismus und der Kriminalität idealtypisch vermehren. Nur durch regelmäßige Razzien lassen sich die Gefahren dort in den Griff bekommen.“ Ist das die „Natursprache des deutschen Herzens“?

Quellen und Literatur

- Alternative für Deutschland LV Thüringen* 2015: Höcke: *Merkel wendet sich in Neujahrsansprache gegen das eigene Volk*, Internetseite des LV Thüringen der AfD vom 02.01.2015.
- Bahro, Berno** 2013: *Der SS-Sport. Organisation - Funktion - Bedeutung*, Paderborn.
- Goebbels, Joseph** 1944: *Der steile Aufstieg – Reden und Aufsätze aus den Jahren 1942/43*.
- Hein, Bastian** 2014: *Eine „Tat-Elite“ in der „Volksgemeinschaft“: Vergemeinschaftung im Rahmen der Auslese und Praxis der Allgemeinen SS*, in: Reinicke, David: *Gemeinschaft als Erfahrung: Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930-1960*, Paderborn.
- Hitler, Adolf** 1923: *Rede während der Generalversammlung der NSDAP in München vom 29.01.1923*, auszugsweise zit. n. Cornelia Schmitz-Berning: *Vokabular des Nationalsozialismus*, 2. Aufl., Berlin/New York 2007.
- Jöst, Erhard** 2015: *Opfertod fürs Vaterland. Der literarische Agitator Theodor Körner*, in: Glunz, Claudia/Schneider, Thomas F.: *Dichtung und Wahrheit: Literarische Kriegsverarbeitung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*, Universitätsverlag Osnabrück bei V&R unipress.
- Kemper, Andreas** 2016: „... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden.“ *Zur Differenz von Konservativismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD)*, Jena.
- Krämer, Josef** 1933: *Zum Programm der Kölner Anwaltschaft*, in: *Westdeutscher Beobachter* vom 26.04.1933.
- Kriek, Ernst** 1922: *Philosophie der Erziehung*, Jena.
- Andreas Kemper ist Soziologe und arbeitet im AK Rechts des DISS mit.

»Wir für Euch«

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise



Sebastian Reinfeldt

EDITION
DISS

Sebastian Reinfeldt

»Wir für Euch«

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise
Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast
144 S., 16 Euro.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen »Begründungen« in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

Sachsen mal wieder – oder doch globale politische Verwerfungen?

Bemerkungen zum Diskurs über ‚sächsische Verhältnisse‘ im Kontext einer generellen Rechtsverschiebung

Von Tino Heim

Pegida hat angesichts der seit Monaten bei ca. 2.000 stagnierenden Teilnahmezahlen den Zenit überschritten, und der Erfolg der AfD bei den Landtagswahlen 2016 – 15,2% in Baden-Württemberg, 24,3% in Sachsen-Anhalt, 20,8% in Mecklenburg-Vorpommern – stellt die 9,7% in Sachsen 2014 weit in den Schatten. Gleichwohl steht der Freistaat als Spitzenreiter bei rechter Gewalt weiter im Fokus der Thematisierung eines bundesweiten Rechtsrucks und den zwischen verbalen Abgrenzungen und taktischer Übernahme rechtspopulistischer Forderungen schwankenden politischen Reaktionen.

Im Winter 2016 kumulierten entsprechende Debatten um das markante Diskursereignis der Vorfälle in Clausnitz und Bautzen am 18. bzw. 20. Februar.¹ Jüngst waren gewalttätige Zusammenstöße von Rechtsradikalen und Asylsuchenden in Bautzen am 14. September, auf die der Landkreis einseitig mit einer temporären Ausgangssperre nach 19 Uhr für minderjährige Asylsuchende reagierte, und die im Schatten der Sprengstoffanschläge vom 26. September stehenden Dresdner Feierlichkeiten zum ‚Tag der deutschen Einheit‘ Anlass einer neuen Skandalisierung ‚sächsischer Verhältnisse‘, in denen der ‚Einheitstag‘ zur ‚Farce‘ geworden sei.

Denn trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen dominierten laute Proteste von Pegida und der Festung-Europa-Bewegung ungehindert den städtischen Raum, während die politische Elite sich zu offiziellen Festakten in die abgeschotteten Innenräume der Frauenkirche und der Semperoper zurückzog. Dass ein Polizist

1 In Clausnitz war ein Bus mit Geflüchteten unter „Ausländer raus“-Rufen blockiert worden. Die Polizei brachte die Ausschreitungen über Stunden nicht unter Kontrolle und zwang verängstigte Insassen unter Gewaltanwendung in die (von einem AfD-Mitglied geleitete) Unterkunft, um dann Ermittlungsverfahren gegen Asylsuchende einzuleiten, die durch ‚provokante Gesten‘ die Clausnitzer provoziert hätten. Zwei Tage später behinderten in Bautzen jubelnde Schaulustige die Löscharbeiten nach dem Brandanschlag auf eine geplante Asylunterkunft.

seine Ansage an Pegida-Teilnehmende, darunter erkennbar zahlreiche Neonazis, mit den Worten „Wir wünschen einen erfolgreichen Tag für Sie!“ beendete, was mit Jubel und dem Sprechchor „Eins, zwei, drei, danke Polizei!“ quittiert wurde, wirkte zusätzlich skandalisierend.

Die Deutung, „in Dresden“ sei „wieder mal“ etwas „gehörig schiefgegangen“, steht dabei paradigmatisch für eine auch schon im Diskurs um Pegida und Clausnitz deutliche Tendenz, solche Auffälligkeiten zum sachsenspezifischen Problem zu erklären. Hier zeige sich, „wie es um den Freistaat und seine Landeshauptstadt bestellt“ sei, wo es dem politischen „Apparat an Sensibilität gegenüber rechtem Ungeist“, den „Verantwortlichen an Urteilsvermögen“ und „Entschlusskraft“ fehle.² „Sachsen hat ein Problem!“; „Wie viel Pegida steckt in Sachsens Polizei?“; „Wie rechts ist Sachsen?“; „Sachsens rechte Fratze“ lauten entsprechend häufige Schlagzeilen. Verdichtet bezog das ZEIT-Feature „Ein ganz besonderes Volk“ die jüngsten Vorfälle auf eine scheinbar endlose Reihe von Ereignissen und Entwicklungen, die ein Bundesland charakterisieren, „in dem die Heimat glüht, die Sprache peitscht und sich die Politik raushält.“³

2 Tilman Steffen: Der Einheitstag als Farce. ZEIT Online v. 3.10.2016 (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-10/dresden-tag-der-deutschen-einheit-einheitsfest-farce>)

Sicher sind dies mehr als bloße projektive Zuschreibungen und Negativ-Stereotype. Hinter den oft absurden Anekdoten – die ‚Sachsen‘ auch zum Dauerbrenner in Satireformaten wie ‚extra 3‘ und ‚heute-show‘ machen – steht eine ausgeprägte epistemologische Komplizenschaft des Diskurses sächsischer Eliten mit rassistischen, chauvinistischen, nationalistischen Deutungsmustern. Diese bilden tragende Elemente des Dispositivs einer ‚sächsischen Demokratie‘, in der demokratische Konflikte um politische Entscheidungen durch Strategien der Neutralisierung und Bürokratisierung verwaltungstechnisch stillgestellt und politischer Dissenz und zivilgesellschaftlicher Protest (vor allem von links) durch Marginalisierung und Kriminalisierung abgewehrt werden. Als übergreifendes politisches Legitimationsnarrativ fungiert dabei seit Biedenkopf ein ‚sächsischer Exzeptionalismus‘, dessen Postulate einer ‚tausendjährigen‘ politischen, ökonomischen und kulturellen Ausnahme- und Vorreiterstellung auch im Grundsatzpapier der Landes-CDU „Deutscher Patriotismus in Europa“ (2005) von völkisch-identitären Untertönen und islamfeindlichen Ober-tönen sekundiert war. Insofern haben heute bei Pegida und AfD reproduzierte Deutungsmuster Hintergründe in spezifischen Ausprägungen politischer Diskurse und Verhältnisse in Sachsen, was es der Landesregierung erschwert, rechten Mobilisierungen etwas anderes als Imagekampagnen und hilflose Abgrenzungen entgegenzusetzen.⁴

3 Christian Bangel/Lenz Jacobsen/Andrea Hanna Hüniger: Ein ganz besonderes Volk. ZEIT Online v. 3.10.2016 (<http://www.zeit.de/feature/sachsen-rechtsextremismus-npd-pegida-spaltung-einheitsfeier>).

In der Form aber, in der Rassismus, Autoritarismus und rechte Gewalt sowie ihre Verwobenheit mit Diskursen und Praxen der etablierten Politik derzeit erneut als ‚sächsisches Problem‘ diskutiert werden, wird oft verdrängt, dass hier nur generelle Tendenzen und Verschiebungen einen gesteigerten Ausdruck finden.

Wenn Sachsens Innenminister angesichts von Pegida und rassistischer Gewalt den „Intensivtätern unter den Asylbewerbern“ vorwarf, „die Stimmung in der Gesellschaft“ zu „vergiften“, weshalb Spezialeinheiten „knallhart“ gegen letztere durchgreifen müssten,⁵ stand die neo-rassistische Täter-Opfer-Umkehr in einer gesamtdeutschen Tradition. Erinnert sei nur an den Diskurs um fremdenfeindliche Pogrome und die Einschränkung des Asylrechts 1993 oder die Berichts- und Ermittlungspraxis zu den sog. ‚Döner-Morden‘. Die rasch in den Pegida-Wortschatz integrierte Diffamierung von Geflüchteten als „Glücksritter“, die „nach Deutschland“ kämen, um sich auf unsere „Kosten [...] ein sorgloses Leben ohne Gegenleistung“⁶ zu machen, mit der Freital CDU-Bürgermeister Uwe Rumberg seinen ‚besorgten Bürgern‘ Zunder gab, reproduzierte nur den Tenor der „Wer betrügt fliegt“-Kampagne der CSU. Auch eine chauvinistische Logik im Sinne des NPD-Slogans „Unser Volk zuerst“ ist nicht nur in Sachsen in allen politischen Lagern verankert. Und dass der Konflikt um politische Alternativen durch verwaltungsförmiges Durchregieren zur Exekution vermeintlich ‚alternativer‘ Sachzwänge suspendiert wird,

4 Vgl. zur systematischen Analyse und weiterer Literatur: Maria Steinhaus/Tino Heim/Anja Weber: „So geht säch-sisch!“ Pegida und die Paradoxien der ‚sächsischen Demokratie‘. In: Tino Heim (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 143-196.

5 Thema Asyl: Innenminister plant Sondereinheiten. Interview mit Markus Ulbig. MOPO 24 v. 24.11.2014 (<https://www.tag24.de/nachrichten/innenminister-ulbig-sonde-reinheiten-fuer-straffaellige-asylbewerber-2517>).

6 Zit. in: Matthias Meisner: Pegida, Freital, Meißen... und die CDU. In Sachsen ist was faul. In: Der Tagesspiegel v. 29.6.2015 (<http://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-freital-meissen-und-die-cdu-in-sachsen-ist-was-faul/11982850.html>).

ist ein generelles Signum postdemokratischer Politik, die EU-weit einen neuen Autoritarismus begünstigt. Letzterer hat seine Wurzeln nicht nur in lokalen Traditionen, sondern primär auch darin, dass die schwindenden Bindekräfte sozialpolitischer und demokratischer Legitimitätsbeschaffung durch Notstandsdiskurse und sicherheitspolitische Versprechen der Verteidigung nationaler Wohlstandskollektive gegen multiple ‚Feinde‘ – Migrant_innen, Terrorist_innen, Sozialschmarotzer_innen, Kriminelle, Minderheiten – ersetzt werden.⁷

Bundesweite Diskurse, die die Auseinandersetzung mit entsprechenden Problemlagen auf ein ‚Sachsenbashing‘ reduzieren, verdoppeln vor diesem Hintergrund exakt jenes Muster, in dem in Sachsen dieselben Problemlagen auf einzelne Individuen oder Gruppen projiziert werden, deren Ausgrenzung die Externalisierung der sichtbaren Effekte eines strukturell verankerten Rassismus erlaubt. Dieser wird gerade dort reproduziert, wo die Abgrenzung vom ‚Rassismus der Anderen‘ das eigene Image davon freispricht.

Wenn Sachsens Ministerpräsident sein apodiktisches Urteil „Der Islam gehört nicht zu Sachsen!“ mit der Aussage verband, „Ausländerhass und Gewalt lehne ich ab“, denn „Fremdenfeindlichkeit schadet unserem Image“⁸, reproduzierte dies islamfeindliche Positionen, um sich zugleich von ‚Fremdenfeinden‘ abzugrenzen. Angesichts der von Biedenkopf diagnostizierten Immunität Sachsens gegen Rechtsextremismus blieb zu den von der Polizei ungehinderten Ausschreitungen von Neonazis in Heidenau nur zu sagen: „Das ist nicht unser Sachsen“⁹. Dem ‚Mob‘ von Clausnitz wurde dann gleich das Menschsein abgesprochen, um im selben Atemzug den Exzeptionalismus der ‚säch-

7 Vgl. u.a.: Philipp Knopp: Abstand halten. Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs Pegidas. In: Heim (Hg.), Projektionsfläche [wie Fn. 4], S. 79-110; Peter Ullrich: Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. In: Ebd., S. 217-252 & Tino Heim: Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen. Das Verhältnis von Pegida, Politik und Massenmedien als Symptom multipler Krisen. In: Ebd., S. 341-444.



Helmut Kellershohn (Hg.)
Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹
 Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten
 Edition DISS Bd. 23
 330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiansätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Edition DISS Bd. 28, 288 S., 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

sischen Menschen⁸ zu bestätigen.¹⁰ Auch aktuell gehörte die Betonung, dass der Polizist, der Pegida am 3.10. Erfolg wünschte, kein Sachse und die sächsische Polizei „ein Garant für Neutralität“ sei, ebenso zum Repertoire der Problemexternalisierung wie die Ausgrenzung der „Idioten und Irregeleiteten“ bei Pegida, die sich „von der lebhaften Demokratie“ Sachsens „abgespalten“ hätten.¹¹

In ähnlicher Form wie hier valente Rechtsverschiebungen zu ausgrenzbaren ‚sachsenfremden‘ Problemen erklärt werden, um das Bundesland durch diffuse Attribute von ‚Demokratie‘ und ‚Welt-offenheit‘¹² zu charakterisieren, fungiert auf Bundesebene Sachsen als politisches ‚Schmuddelkind‘, das, je schwärzer oder brauner es charakterisiert wird, den Rest Deutschlands im Vergleich umso heller strahlen lässt.

Im Grenzfall scheint es dann, als könne sich Deutschland durch einen ‚Säxit‘ schlagartig von Fremdenhass, Chauvinismus und Extremismus befreien.¹³ Die Fokussierung auf sächsische Ereignisse rückt dabei die generelle Zunahme von fremdenfeindlicher Gewalt ebenso aus

„Sachsen fungiert auf Bundesebene als politisches ‚Schmuddelkind‘, das, je schwärzer oder brauner es charakterisiert wird, den Rest Deutschlands im Vergleich umso heller strahlen lässt. Im Grenzfall scheint es dann, als könne sich Deutschland durch einen ‚Säxit‘ schlagartig von Fremdenhass, Chauvinismus und Extremismus befreien.“

dem Blick wie die bundesweite Tendenz, immer weitere gesellschaftliche Problemlagen – von der Krise des Sozialstaats bis zum Sexismus – rassistisch mit der ‚Flüchtlingskrise‘ kurzzuschließen, um die weitere Verschärfung der Asylgesetzgebung und den Ausbau der tödlichen Grenzen der ‚Festung Europa‘ zu legitimieren.¹⁴ Die Analyse dieser Zusammenhänge suspendiert nicht die Notwendigkeit, sich journalistisch, wissenschaftlich und politisch auch mit den spezifischen Ursachenkonstellationen auseinanderzusetzen, die dazu führen, dass globale gesellschaftliche Verschiebungen in Sachsen deutlicher zu Tage treten. Die Krise der Repräsentativdemokratie und der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Partizipation, die Projektion der Krisenursachen auf zu bekämpfende ‚Andere‘ in multiplen Diskursen oder die Ausbildung einer zunehmend autoritären, sicherheitspolitisch legitimierten Variante der Postdemokratie bleiben aber allgemeine Tendenzen. Ihre Ursachen liegen nicht in Sachsen, sondern in globalen gesellschaftlichen Konstellationen der Gegenwart. Die bloße Skandalisierung ‚sächsischer Verhältnisse‘ wird, wo sie die Analyse dieser Konstellationen überlagert, zum Teil des Problems.

Dr. Tino Heim ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für soziologische Theorien und Kultursoziologie der TU Dresden.

8 Stanislaw Tillich im Interview mit Karsten Kammholz und Claus Christian Malzahn: „Der Islam gehört nicht zu Sachsen.“ In: DIE WELT am Sonntag v. 25.1.2015 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article136740584/Der-Islam-gehört-nicht-zu-Sachsen.html>).

9 Stanislaw Tillich, zit. in: szo/dpa: Heidenauer Baumarkt wird Sicherheitsbereich. Sächsische Zeitung Online v. 22.8.2015 (<http://www.sz-online.de/sachsen/heidenauer-baumarkt-wird-sicherheitsbereich-3180000.html>).

10 „Das sind keine Menschen, die sowas tun. [...] Das besudelt das, was die Menschen an Mut in der friedlichen Revolution aufgebracht haben, und den Fleiß beim Wiederaufbau Sachsens.“ (Stanislaw Tillich, zit. in: SZ/epd/jasch/job: Tillich nennt Provokateure von Bautzen und Clausnitz „Verbrecher“. Süddeutsche Zeitung Online v. 21.2.2016 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-sachsen-tillich-nennt-provokateure-von-bautzen-und-clausnitz-verbrecher-1.2873135>).

11 Vgl. die Stellungnahme der Polizei (<http://www.polizei.sachsen.de/de/45208.htm>) und die Positionen des Innenministers Ulbig sowie des sächsischen FDP-Chefs Holger Zastrow in: cte/AFP/dpa: Sachsens Innenminister über Pegida „Sie säen Hass, der in Gewalt münden kann“. Spiegel Online v. 5.10.2016 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsens-innenminister-ueber-pegida-a-1115200.html>).

12 Ein diffuser, weitgehend a-politischer Begriff der ‚Welt-offenheit‘ gehört seit langem zu den zentralen Selbstdeutungsformeln, mit denen Sachsens Imagepolitik auf öffentliche Thematisierungen des Rechtsradikalismus reagiert. Neben der Offenheit für Tourismus, ausländische Küche und wirtschaftlich nützliche internationale Beziehungen wird dabei etwa im Imagefilm ‚Dresden hugs the world‘ die in der Region angesammelte Kunst- und Kulturbeute aus der imperialistischen und kolonialistischen Vergangenheit Deutschlands bemerkenswert ungebrochen der Tradition der ‚Welt-offenheit‘ zugeordnet. Vgl. <http://www.dresden-welt-offen.de/>.

13 Schirmer, Stefan: Dann geht doch! Hass, Extremismus und Abschottung in Sachsen: Ist es Zeit für einen Säxit? In: DIE ZEIT Nr. 34/2015 v. 20.8.2015 (<http://www.zeit.de/2015/34/sachsen-austritt-bundesrepublik-rechtsextremismus-pegida>).

14 Beachtenswert ist etwa die Form, in der die CDU, die über Jahrzehnte eine Reform des Sexualstrafrechts blockiert hatte, deren Notwendigkeit unmittelbar aus den „widerwärtigen Übergriffe[n] und Attacken in der Silvesternacht in Köln“ begründete, und die Erwägung, Belästigungen, die „unterhalb der Schwelle sexueller Nötigung liegen“, unter Strafe zu stellen, mit der Erleichterung der „Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer“ kurzschloss. (Mainzer Erklärung: Wettbewerbsfähigkeit. Zusammenhalt. Sicherheit. Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands anlässlich der Klausurtagung am 8./9.1.2016 in Mainz (https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/2016_01_09_mainzer_erklaerung.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=3959)). Die hier offen zutage tretende ‚Ethnisierung von Sexismus‘ hat freilich eine lange Tradition. Vgl. in anderen Kontexten grundlegend: Margarete Jäger: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Duisburg 1996.

Pegida und der Mainstream

Von Regina Wamper

Seit sich im Oktober 2014 die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) in Dresden versammelten, wird ihre politische Einordnung im mediopolitischen Diskurs kontrovers diskutiert. In Hinblick auf die gesellschaftliche Herausforderung, in kurzer Zeit mehrere hunderttausend geflüchtete Menschen in Deutschland aufzunehmen, vertrat neben der AfD vor allem Pegida die Position einer strikten Reglementierung von Einwanderung. Pegida offenbarte damit eine politische Sichtweise, die gesellschaftliche Prozesse mit kulturalistischen und rassistischen Inhalten unterfütterte. Mit diesen Positionen konnte Pegida durchaus aber auch an den politischen Mainstream anschließen.

Die Rezeption von Pegida im politischen Mainstream warf vor allem die Fragen auf, wie Pegida in die politische Landschaft einzuordnen sei und wie die Gesellschaft mit Pegida umgehen solle.¹

Dabei wurde Pegida im politischen Mainstream zunächst gar nicht als Problem wahrgenommen. Vielmehr seien die Aufmärsche ein Ausdruck funktionierender Demokratie. Einige Wochen später ordnete man das Phänomen in einem Feld zwischen der Bewertung als bürgerliches Bündnis bis hin zu einer extrem rechten Bewegung ein. Diese beiden Pole schienen sich auszuschließen.² Wurde Pegida als bürgerlich wahrgenommen, implizierte dies, dass die Gruppierung nicht rassistisch sei. Dies verweist auf extremismustheoretische Konzepte, nach denen Rassismus ein Merkmal der politischen Ränder sei. Wurde Pegida hingegen als rechtsextrem begriffen, galten die gleichen Äußerungen als rassistisch. Was für die inhaltliche Frage nach Rassismus galt, galt auch für die nach Gewalt. War

die Gruppierung bürgerlich, so verhielt sie sich friedlich, wurde sie als rechtsextrem wahrgenommen, so agierte sie gewaltvoll – ungeachtet der tatsächlichen Übergriffe durch TeilnehmerInnen von Pegida-Märschen. Ein rassistisches Bündnis, das aus der bürgerlichen „Mitte“ stammt und gewaltvoll vorgeht, scheint in der deutschen hegemonialen Berichterstattung kaum vorstellbar zu sein. Und genau dort liegt dann auch das erkenntnishindernde Moment der Extremismuskonstruktion. Völkisch-nationalistische Positionen werden nur dann als solche erkannt, wenn sie aus Zusammenhängen geäußert werden, die als „extremistisch“ angesehen werden.

Pegida wurde im mediopolitischen Mainstream-Diskurs zugestanden, eine notwendige migrationspolitische Debatte anzukurbeln und ging es um Migration, wurde die Problemstellung, wie Pegida sie selbst formuliert, oftmals und auch dominant übernommen: Die Denormalisierung von Flucht und Migration verbunden mit einem Problemlösungsansatz, der auf eine Reduktion der Zahl der Geflüchteten setzt. Auch wenn eine zunehmende Distanz zu Pegida zu beobachten war, änderte sich dieser ideologische Standpunkt nicht.

Bezüglich des artikulierten Rassismus gingen bürgerliche Medien weitgehend mit den Positionen von Pegida mit. Nicht die Denormalisierung von Migration (beispielsweise durch Pegida), sondern eine verstärkte Anwesenheit von MigrantInnen galt als rassistischer förderndes Element. So wurden rassistische Gruppen wie Pegida aus der Verantwortung für den erstarrten Rassismus genommen und diese Verantwortung zugleich MigrantInnen zugeschrieben.

1 Die folgenden Ergebnisse gehen auf eine Studie des DISS zurück, die die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und die Süddeutsche Zeitung (SZ) vergleichend zur Sächsischen Zeitung (SäZ) diskursanalytisch nach der Einordnung von und dem Umgang mit Pegida befragt. Die Analyse der Berichterstattung der drei Zeitungen umfasst den Zeitraum vom Oktober 2014 bis Ende 2015. Sie wurde angefertigt durch Paul Bey, Mark Haarfeldt, Johannes Richter und Regina Wamper. Die Studie, die von der Otto-Brenner-Stiftung gefördert wurde, wird in Kürze auf der Homepage des DISS veröffentlicht und kann dort kostenlos heruntergeladen werden.

2 Nur selten wurde formuliert, dass bei Pegida sowohl Neonazis mitmarschieren als auch solche, die in ihrem Selbstbild der bürgerlichen „Mitte“ angehören.

Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat



Sebastian Friedrich | Regina Wamper |
Jens Zimmermann (Hg.)



Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)

Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat

Edition DISS Band 37

168 Seiten, 18 Euro,

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistische und antirassistische ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gür-Şeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)
Der Kampf um Räume
 Neoliberale und extrem rechte Konzepte
 von Hegemonie und Expansion
 Edition DISS Band 34, 224 S., 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, »Europa als hegemoniales Raumkonzept«, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrop (Hg.)
Kapitalismus und / oder Demokratie?
 Beiträge zur Kritik „marktkonformer“
 Demokratieverhältnisse
 Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
 140 S., 18 Euro.
 Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus thematisiert; zum anderen wird der Frage einer fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft nachgegangen.

„Ein rassistisches Bündnis, das aus der bürgerlichen ‚Mitte‘ stammt und gewaltvoll vorgeht, scheint in der deutschen hegemonialen Berichterstattung kaum vorstellbar zu sein. Und genau dort liegt dann auch das erkenntnishindernde Moment der Extremismuskonstruktion.“

Die mediopolitische Debatte um Pegida konzentrierte sich neben der Frage der Einordnung auf die des richtigen Umgangs mit Pegida. Die Dialogoption wurde kontrovers diskutiert. Für die einen ist eine Abgrenzung von Pegida und eine Benennung des Rassismus eine nicht hinnehmbare Ausgrenzung, für die anderen ist der Dialog mit Pegida unvorstellbar.

Zugespitzt könnten die Lösungsstrategien wie folgt lauten: In der FAZ schlug man anfangs vor, Pegida so ernst zu nehmen, dass man etlichen der politischen Forderungen nachkommen möchte, vor allem, wenn es um migrationspolitische Fragen geht. Später wurden punktuell sicherheitspolitische Maßnahmen gegen Pegida gefordert. In der SZ positionierte man sich durchgängig gegen Pegida und setzte vor allem auf zivilgesellschaftliches Engagement, das sich gleichsam von der extremen Rechten als auch von der radikalen Linken abgrenzen müsse. Da dieses Engagement weitgehend ausblieb, wurde auch hier der Staat aufgefordert, sicherheitspolitisch gegen Pegida aktiv zu werden. In der SäZ setzte man anfangs ebenso auf bürgerliches Engagement gegen Pegida und forderte nach dessen Ausbleiben den Dialog, der die sogenannten Ängste und Sorgen der Demonstrierenden ins Zentrum stellt.

Auffällig ist, dass bezüglich Pegida immer wieder in allen untersuchten Publikationen vor allem nach den „Ängsten“ derer gefragt wurde, die ausgrenzende Agitation betreiben und weniger bis gar nicht nach den Ausgegrenzten. Pegida

wurde eine gewisse Legitimität zugeschrieben. Abgrenzungen fanden nicht vornehmlich über politische, inhaltliche Auseinandersetzungen statt, die die Problematisierung der extremen Rechten zurückweisen, sondern über extremismustheoretische Verortungen.

Pegida kann als ein Akteur angesehen werden, der über das Jahr 2015 hinweg die Berichterstattung zu den Themen Islam, Einwanderung, Asyl und Demokratie in Deutschland mitbestimmte. Die Gruppierung wurde von vielen als ein legitimer Pol in diesen Debatten betrachtet. Die massiven rassistischen Ausfälle, Ausschreitungen und Angriffe auf politische GegnerInnen oder MigrantInnen wurden oft nicht oder nur spät thematisiert.

Und schon steht ein weiterer extremer rechter Akteur im Mittelpunkt der Betrachtungen: Die AfD konnte bei den letzten Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse erzielen. Auch sie profitiert von einer gesellschaftlichen Stimmung, in der nicht zuletzt durch Pegida rassistische und völkische Positionen sagbar gemacht wurden. Bezüglich der AfD hören wir Forderungen nach einem Dialog, der ihre Forderungen als legitime gesellschaftliche Positionen akzeptiert, statt sie als völkisch, rassistisch, sexistisch und sozialchauvinistisch zurückzuweisen. So funktioniert der Rechtsruck.

Regina Wamper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DISS.

Frankreich auf der Suche nach Identität

Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Von Sebastian Chwala

Das aktuelle Jahr neigt sich dem Ende zu und 2017 wirft bereits seine Schatten voraus. Mit den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr endet in Frankreich auch die 4-jährige Amtszeit des sozialdemokratischen Staatschefs Francois Hollande, ein Präsident, der auf der ganzen Linie gescheitert ist.

War sein Amtsantritt 2012 mit der Hoffnung verbunden, dass die Sozialistische Partei (PS) den Konflikt mit den bürgerlichen Eliten in Wirtschaft und Ökonomie sucht, indem Vermögenssteuern erhöht und Banken besser reguliert werden, avancierten PS und Hollande schnell zu Speerspitzen neoliberaler Reformpolitik. Sie forcierten Privatisierungen, Steuerkredite für (Groß-)unternehmen und zuletzt die hart umkämpfte Arbeitsmarktreform. Deren Ziel ist die Senkung staatlich gesetzter Standards zugunsten betrieblicher Abkommen zwischen Unternehmensleitungen und den durch einen niedrigen Organisationsgrad geschwächten Gewerkschaften. Diese Abkommen werden weitere Lohnsenkungen und eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten zur Folge haben und die Arbeitskosten für die Unternehmen weiter sinken lassen. Doch sämtliche angebotsorientierte Wirtschaftskonzepte verfehlten ihr Ziel. Die Extraprofiten durch die Steuerkredite wurden an die Aktionäre weitergeben. Die Kaufkraft stagniert und die Erwerbslosigkeit steigt weiter. Es versteht sich fast von selbst, dass „die Linke“ in Frankreich durch diese Politik am Boden liegt und einer schweren Wahlniederlage entgegen taumelt.

Die Rechtsparteien dagegen setzen ihr Lieblingsthema Identität offensiv in die öffentliche Debatte.

Vorneweg geht Nicolas Sarkozy, 2012 als Staatschef abgewählt, der mit seiner provokanten Aussage Ende September 2016, jeder Franzose habe die Gallier als

seine Vorfahren zu betrachten, relativ offen die Assimilation aller nicht-weißen Ethnien im Land fordert - kein neuer Zungenschlag im politischen Diskurs von Nicolas Sarkozy, der 2005 bereits angedroht hatte, die migrantisch geprägten Wohnviertel am Rande der Großstädte mit dem Kärcher säubern zu wollen und der in einer Rede 2007 in der einstigen Kolonie Senegal darauf bestand, dass die Kolonisatoren „Menschen voll guten Willens, beseelt vom Glaube an ihre zivilisatorische Aufgabe“, gewesen seien.¹

Zwar erntete er umgehend Kritik für seine Wortwahl aus den Reihen der bürgerlichen Präsidentschaftsaspiranten, doch ist die bürgerliche Rechte in Frankreich kein Hort progressiver gesellschaftlicher Denkmuster. Im Gegenteil: Insbesondere die 2000er Jahre, in denen drückende rechte Mehrheiten Frankreich regierten, waren von einer rückwärts gewandten Neubewertung der eigenen Geschichte geprägt. So müssen die Lehrpläne seit 2005 die positiven Aspekte des Kolonialismus wieder berücksichtigen.² Für die Rechte ist der Kolonialismus wieder Teil einer „goldenen Phase“ Frankreichs, deren negative Aspekte, insbesondere die brutal geführten Kriege zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen (Vietnam, Algerien), aus dem Bewusstsein der Menschen gestrichen werden sollen.

1 Chebel d'Appollonia, Ariane (2016): Du discours a Dakar à l'affaire Taubira in: Blanchard, Pascal/ Bancel, Nicolas/ Thomas, Dominic (2016): Vers la Guerre des Identités ? Paris. 2 Ebd.



Siegfried Jäger / Jens Zimmermann (hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast 144 S., 16 Euro

Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung

Nachdruck der 6. vollständig überarbeiteten Auflage

Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast 258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Siegfried Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositivanalytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

Klaus Holz / Heiko Kauffmann
und Jobst Paul (Hg.)

Die Verneinung des Judentums

Antisemitismus als religiöse
und säkulare Waffe



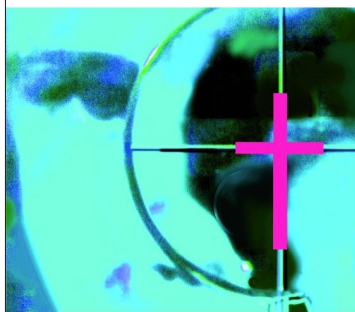
K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.

Regina Wamper

Das Kreuz mit der Nation

Christlicher Antisemitismus in
der Jungen Freiheit



Regina Wamper
**Das Kreuz mit der Nation. Christlicher
Antisemitismus in der Jungen Freiheit**
Edition DISS Band 18
208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

Da in Frankreich die Vermittlung der nationalen Geschichte durch das Bildungssystem als zentral für die Schaffung einer einheitlichen nationalen Identität gilt, ist dies ein zentraler Diskurs. Diese „nationale Erzählung“ soll deshalb in den Augen konservativer Kräfte nicht in erster Linie die dunklen Epochen beleuchten, sondern Ereignisse und Persönlichkeiten in den Vordergrund stellen, die maßgeblich Frankreich stark gemacht haben und einen positiven Bezugspunkt schaffen können.

Diese nostalgische Betrachtung der eigenen Geschichte wirkt aber nicht in erster Linie durch ihren konservativen Kern, sondern vielmehr durch die Idee des klassischen „Universalismus“, der französischen Variante der Aufklärung. Diese diente den politischen Akteuren der frühen 3. Republik, die durchaus dem linksliberalen Spektrum zugeordnet werden konnten, als Legitimation der imperialistischen Expansion im späten 19. Jahrhundert. Niemand anders vereint diese vermeintlichen Widersprüche besser als Jules Ferry, der einerseits zwar das erste staatlich organisierte Bildungssystem in Frankreich durchsetzte, gleichzeitig damit aber die eigene Kolonialpolitik in der Nationalversammlung als Zivilisierung der „unteren Rassen“ darstellte.³

Diese diskursive Nutzung „progressiver“ Werte zur Rechtfertigung ethnischer Abwertung erlebt seit Jahren in Frankreich eine Wiederauferstehung. So werden die politischen Kampagnen gegen die muslimischen und migrantischen Milieus der Vorstädte gerade aus der angeblich liberalen bürgerlichen Mitte unter dem Vorwand geführt, dass ihre „kulturelle Prägung“ eine Integration in eine demokratisch und liberal geprägte Gesellschaft nicht ermöglichen würde. Als Beweis für diese These mussten die angeblich gezielt erfolgten Attacken gegen Schulen und Kindergärten während der großen Unruhen in den Vorstädten des Jahres 2005

herhalten.⁴ Nur ein hartes Durchgreifen der Staatsmacht samt der Einrichtung eines autoritären Schulsystems, das unkritisch französische Werte vermitteln soll, kann nach dieser Lesart die Menschen der Vorstädte nachhaltig integrieren.

Bemerkenswerterweise scheint der Front National (FN), der Marine Le Pen bereits zur Kandidatin für die Wahl im nächsten Jahr nominiert hat, genau diese Frage der „kulturellen Identität“ zum Zentrum des Wahlkampfes zu machen. So bemühte sich Le Pen in ihrer Rede im Rahmen der Sommeruniversität des FN, nicht die klassischen direkten Attacken gegen Migranten zu formulieren, sondern alle grundsätzlichen Fragen als Probleme darzustellen, die nur durch die Wiedererlangung der nationalen Souveränität zu lösen seien. Gerade die Rolle Frankreichs als „aufgeklärte Großmacht“ verbiete eine wirtschaftliche und politische Integration in die Europäische Nation.

Abschließend sei gesagt, dass es nicht verwundert, dass die Suche nach nationaler Identität gerade in diesen Tagen in Frankreich derart intensiv diskutiert wird. Es zeigt sich dadurch nur ein weiteres Mal, dass Identität in unserem Nachbarland durch und durch ein Krisenprodukt ist. So geht nämlich ständig die Sehnsucht nach nationaler Größe einher mit dem Gefühl, durch die Dekadenz der Eliten in einem unaufhaltsamen Zerfallsprozess gefangen zu sein, der nur durch eine Rückbesinnung auf die alten Werte aufzuhalten sei. Ob dies nun eine Rückbesinnung auf Jeanne D'Arc und die angeblich tausendjährige christliche Geschichte Frankreichs ist oder eine neokonservativ ausgelegte Variante jener durch die französische Revolution ausgelösten Emanzipationsbewegungen, scheint dabei keine Rolle zu spielen. Wie sich aktuell zeigt, kann sie im „modernen“ Front National eine bemerkenswerte Symbiose eingehen.

⁴ Mauer, Gérard (2005): *L'Émeute de novembre 2005; Bellecombe-en-Bauges*.

³ Ferry, Jules (1885): *Les fondements de la politique coloniale*; <http://www2.assemblee-nationale.fr/decouvrir-l-assemblee/histoire/grands-moments-d-eloquence/jules-ferry-1885-les-fondements-de-la-politique-coloniale-28-juillet-1885>.

Sebastian Chwala ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Jahr 2015 erschien im PapyRossa Verlag sein Buch "Der Front National. Geschichte, Programm, Politik und Wähler".

Eure Armut kotzt uns an

EU-Migration und Bettelei in Schweden

Von Cordelia Heß

Die schwedische nationale Identität speist sich mehrheitlich nicht aus kulturellen Faktoren, sondern aus politischen: Stolz auf Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Gleichberechtigung, Friedenseinsätze und, nicht zuletzt, humanitäre Hilfe. Die Schließung der Grenzen im Juni 2016 und die Reduktion der Asylgesetzgebung auf den europäischen Mindeststandard hätte ein Schock sein müssen – ein großer gesellschaftlicher Aufschrei aber blieb aus. Die Schließung der Grenzen durch eine rot-grüne Minderheitsregierung beendete abrupt die stetig steigenden Umfragewerte der rechtspopulistischen Sverigedemokraterna (SD) und muss als Anpassung an deren Forderungen gesehen werden: Das Land benötige eine „Atempause“ von den Geflüchteten. In einer anderen migrationspolitischen Debatte ist jedoch in der sozialdemokratischen Argumentation die Perspektive auf die Opfer deutlich präsenter, die Resultate aber ähneln ebenfalls den Forderungen der Rechtspopulisten: den Debatten um EU-Migrant*innen, die sich in Schweden von Bettelei ernähren. Hier trifft sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat-Romantik auf tief verwurzelten Rassismus und Antiziganismus.

Seit 2007, mit dem Eintritt Rumäniens und Bulgariens in die EU, prägen diese Migrant*innen den öffentlichen Raum in den schwedischen Großstädten. Viele Roma nutzten die Visafreiheit, um Armut und Diskriminierungen in den Balkanländern zu entgehen. Die gleichzeitige Finanzkrise zwang viele derjenigen, die in den Nachbarländern Südeuropas Saisonarbeit gefunden hatten, sich in die reicheren Länder im Norden zu begeben. Schweden ist noch immer ein Land mit relativ hohen wohlfahrtsstaatlichen Standards. Sichtbare Armut gibt es kaum: In der 1,5-Millionenstadt Stockholm gab es bis 2008 ungefähr 360 Obdachlose. Zum letzten Mal waren Bettler*innen dort, einige Hundert, in den 90er Jahren gesehen worden, was sofort zu einer Untersuchung

durch die Kommune führte. Damals handelte es sich um Einheimische mit Drogen- oder psychischen Problemen. Dass es sofort zu politischen und sozialarbeiterischen Gegenmaßnahmen kam, zeigt wie inakzeptabel in Schweden sichtbare Armut und Obdachlosigkeit sind. Bettelei ist in der historisch tief verankerten sozialdemokratischen und protestantischen Ethik entwürdigend für die Bettelnden und nimmt ihnen die Möglichkeit, zum Gemeinwohl beizutragen – was gleichzeitig empörend für die anderen, nützlichen Mitglieder der Gesellschaft ist.

Auch 2015 wurde eine Untersuchung in Auftrag gegeben – die zu dem Ergebnis kam, die Bevölkerung aufzufordern, den Bettler*innen kein Geld mehr zu geben und stattdessen für Hilfsprojekte in Schweden und in deren Heimatländern zu spenden. Die Parallelen zur Forderung der SD, Geflüchtete in ihren Heimatländern zu unterstützen, anstatt sie in Europa aufzunehmen, ist offensichtlich, ebenso die paternalistische Idee, dass schwedische Hilfsprojekte besser für die Betroffenen sorgen könnten als diese für sich selbst.

Zahlen über diese Form der kaum registrierten Migration sind unsicher und schwer zu bekommen. Im November 2015 sollen sich etwa 4700 obdachlose EU-Migrant*innen in Schweden aufgehalten haben. Da die meisten in den Zentren von Stockholm, Göteborg und Malmö leben und dort betteln, waren die Veränderungen im Stadtbild enorm. Auch die individuellen Reaktionen sind heftig – körperliche Angriffe, Brandanschläge auf Wohnwagen und Zeltlager, Angriffe mit Macheten auf Zelte mit schlafenden Menschen, Übergießen von Personen mit Benzin. Verlässliche Zahlen gibt es darüber nicht, da vor allem die Roma wenig Vertrauen in den Staat haben und Angriffe nur selten zur Anzeige bringen. Von den angezeigten Fällen werden etwa 3% vor Gericht gebracht, obwohl es meist wegen des öffentlichen Charakters der Übergrif-

NEUERSCHEINUNG

Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte



Helmut Kellershohn | Wolfgang Kastrup (Hg.)

EDITION
DISS

Wolfgang Kastrup,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte

Edition DISS Band: 38

Münster: Unrast

244 S., 24,00 €

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema ›Kulturkampf von rechts‹ in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Natascha Strobl.



AK Antiziganismus im DISS

Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreneinschätzung am Beispiel Duisburg
2015 Online-Broschüre
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.
Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter:

www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks

Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter:

www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf

*„Die Debatte und Praxis um Bettelerei verdeutlichen jedoch, dass eine restriktive Migrationspolitik nicht immer eine Reaktion auf rechtspopulistische Forderungen sein muss: Auch wohlfahrtstaatlich-paternalistische Ansätze können Ursache und Argument für Entrechtung von Bettler*innen sein.“*

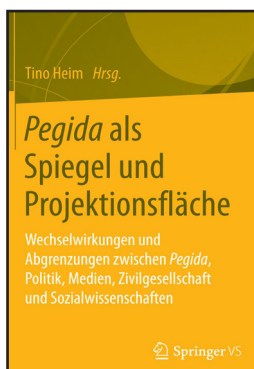
fe gute Täter*innenbeschreibungen gibt. Dass 2013 bekannt wurde, dass die Polizei in Südschweden seit Jahren Roma, auch solche mit Aufenthaltsgenehmigung, in einem illegalen Register „zur Verbrechensverhütung“ führte, ist nur ein Schlaglicht darauf, wie in der Bettelerauffrage antiziganistisches Ressentiment und ein spezifisches Verständnis des Wohlfahrtsstaats zusammenkommen. Das schwedische Modell sieht nicht vor, Armut durch Bettelerei zu bekämpfen – es sieht durchaus vor, die Armut von Menschen aus anderen Ländern durch Verbote unsichtbar zu machen. Armut ist insgesamt inakzeptabel – aber ein Zugang der EU-Migrant*innen zu sozialstaatlichen Leistungen, die Einheimische vor Bettelerei und Obdachlosigkeit bewahren, ist ebenfalls inakzeptabel.

Mittlerweile sind ungefähr 56% der Bevölkerung dafür, Bettelerei ganz zu verbieten, entweder nach dänischem Vorbild mit landesweitem Verbot und bis zu sechs Monaten Gefängnis bei der zweiten Verwarnung, oder nach norwegischem Vorbild, wo die Kommunen autonom Verbote aussprechen können. Die sozialdemokratische Regierung untersucht entsprechende Möglichkeiten.

Es gibt vereinzelte zivilgesellschaftliche Projekte, die die Roma in ihren Bedürfnissen ernst nehmen und nicht nur als Objekte staatlicher Reglementierungsbemühungen sehen, so die Gruppe HEM, die Hilfsleistungen mit Aufklärungsarbeit

und kulturellem Austausch verbindet. Der schwedische Staat dagegen implementiert mittlerweile alle zur Verfügung stehenden Zwangsmaßnahmen. Die Polizei führt unter der Kampagne „Ein Bürgersteig für alle“ unter dem Vorwand, sitzende Personen machten das Vorankommen unmöglich, faktische Vertreibungen von Bettler*innen aus dem öffentlichen Raum durch. Zeltlager werden wiederholt geräumt, ohne dass den Betroffenen eine Alternative angeboten wird. Die Kinder der Migrant*innen dürfen in der Regel nicht in die Schule, um nicht weitere Familien zu ermuntern, ihre Kinder mitzubringen. Der Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen und Gesundheitssystem ist für diese EU-Bürger*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung ebenso unmöglich wie für Geflüchtete ohne Papiere. Die Rechtspopulisten versuchen, das Thema rassistisch aufzuladen und schüren zudem Angst vor „organisierter Bettelerei“ und Menschenhandel. Die Debatte und Praxis um Bettelerei verdeutlichen jedoch, dass eine restriktive Migrationspolitik nicht immer eine Reaktion auf rechtspopulistische Forderungen sein muss: Auch wohlfahrtstaatlich-paternalistische Ansätze können Ursache und Argument für Entrechtung von Bettler*innen sein. Die Herkunft der Bettelnden ist nicht zwangsläufig das ausschlaggebende Merkmal – und die Rechtspopulisten sind nicht zwangsläufig die Stichwortgeber für Vertreibung und Kriminalisierung.

*Cordelia Heß, Universität Göteborg,
Department für historische Studien
cordelia.hess@gu.se*



Tino Heim (Hrsg.): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer VS 2016, 450 Seiten.

Pegida als Spiegel und Projektionsfläche

Eine Leseempfehlung von Helmut Kellershohn

Mit Pegida ist vor zwei Jahren eine Protestbewegung von rechts entstanden, die eine hohe Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit, in den Medien und im Wissenschaftsbereich erlangt hat. Im Fokus der wissenschaftlichen Untersuchungen und medialen Berichterstattung standen die Anhänger*innen, das Organisationssteam von Pegida und die Frage, ob und inwieweit die politischen Forderungen und Thesen Pegidas eine Berechtigung haben. Ob Pegida als eigenständige Formation begriffen werden kann oder in einen größeren politischen Kontext eingeordnet werden muss, war zunehmend Gegenstand von Kontroversen. Die ansteigende Gewalt gegen geflüchtete Menschen sowie die Polarisierung der Gesellschaft, die anhand der Frage verläuft, wie Asylpolitik betrieben werden soll, induzierte für die Presse wie auch die Wissenschaft die Frage nach dem Zusammenhang mit dem Phänomen Pegida.

Ein Autor*innenteam um den Dresdner Soziologen Tino Heim, bekannt durch seine Dissertation „Metamorphosen des Kapitals“ (Bielefeld: transcript 2013), hat nun einen Sammelband publiziert, der sich mit einem anspruchsvollen Untersuchungsansatz dem Phänomen Pegida widmet. Als zentrale Ausgangshypothese des Bandes dient die Überlegung, dass Pegida nicht ausreichend verstanden werden kann, wenn der Fokus auf der „sozialen Herkunft, der Mentalität oder den Motivationslagen der Demonstrierenden“ (S. 5) liegt. Sinnvoller sei es, an den wechselseitigen Bezügen zu

arbeiten, „die sich zwischen Pegida und anderen Akteur*innen und Institutionen, aber auch mit weitreichenden gesellschaftlichen Strukturzusammenhängen, systemischen Logiken, Widersprüchen und Entwicklungsdynamiken“ (S.5.) herstellten. Diese Kontextualisierung des Phänomens Pegida, die einerseits anhand der differenzierten Untersuchung übergreifender Diskurse, Kollektivsymboliken und politischer sowie sozialer Praxen, andererseits mittels der soziologischen Einbettung in die prekären und krisenhaften Entwicklungsprozesse von Staat und Gesellschaft (Neoliberalismus, Postdemokratie etc.) unternommen wird, entkleidet den Untersuchungsgegenstand seiner erratischen Stellung. Vereinfacht gesprochen: Nicht Pegida für sich genommen ist das Problem, das entweder skandalisiert oder dem Verständnis entgegengebracht wird, sondern Pegida als Verdichtung verbreiteter gesellschaftlicher Positionen (z.B. zum Islam) sowie als Knotenpunkt gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche – insofern Spiegelbild der Gesellschaft – und Pegida als Projektionsfläche interessierter Stellungnahmen von Seiten professioneller Akteur*innen in Politik, Wissenschaft und Medien. So betont Heim in einer Presseerklärung z.B. mit kritischem Blick auf obligatorische Distanzierungen: „Man grenzt sich verbal von Pegida ab, um dennoch deren Themen und Forderungen in den Wahlkämpfen zu übernehmen und sie politisch in die Tat umzusetzen.“

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen.

Name: _____
 Straße: _____
 Ort: _____
 Telefon / E-Mail: _____

Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____ €.

Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Kto: _____
 bei: _____
 BLZ: _____

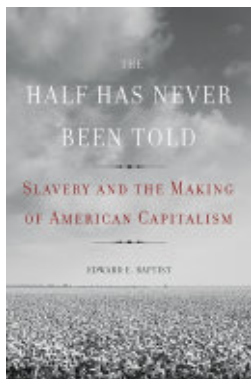
Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Datum, Unterschrift: _____

Englischsprachige Forschungsliteratur

Ein Überblick von Jobst Paul

Sklaverei und Kapitalismus



Edward E. Baptist, *The Half Has Never Been Told: Slavery and the Making of American Capitalism*. New York Basic Books, 2014. 498 pp.¹

Seit langem stellen HistorikerInnen der amerikanischen Sklaverei diese als wirtschaftlich ineffiziente Institution dar, bei der Gewinn nur ein sekundärer Anreiz war, nicht aber eine treibende, kapitalistische Kraft. Baptists Darstellung zeigt nun, wie sich der amerikanische Kapitalismus schrittweise entwickelte, wie er in alle Aspekte des amerikanischen öffentlichen Lebens eindrang und wie er insbesondere mit dem System der Sklaverei zusammenhängt.

Das Buch deckt die Spanne von 1783 bis 1861 ab, wobei in der Einführung und im Nachwort zusätzlich die Phase bis 1937 angesprochen wird. Um den Aspekt der Ausbeutung zumindest symbolisch augenfällig zu machen, hat der Autor Körperteile als Kapitelüberschriften gewählt („Feet“ / „Heads“ / „Right Hand“ / „Left Hand“ / „Tongues“ / „Breath“ / „Seed“ / „Blood“ / „Backs“ / „Arms“).

Das Buch zeigt eindrucksvoll die Verknüpfung des ökonomischen Kalküls mit Diskursen der Religion, von Männlichkeit und deren Verschränkung mit der lokalen und nationalen Politik auf. Mit Blick auf die Entwicklung der amerikanischen Ökonomie geht es dann letztlich ganz konkret

¹ Ich referiere hier die wichtigsten Aspekte der Rezension von Fatjon Kaja (City College New York), online unter <https://www.hnet.org/reviews/showrev.php?id=46708>.

um Produktionszahlen, um den Handel zwischen den US-Staaten und um die Logistik des Sklavenhandels, um das Zusammenspiel zwischen den Ökonomien der Nord- und der Südstaaten, um entlohnte und um leibeigene Sklaven, vor allem aber auch um die extreme systemische Gewalt der Sklaverei.

Nach herkömmlicher Auffassung wurden sowohl der Norden als auch der Westen von einem fortschrittlichen, an Gewinn und Wachstum orientierten Kapitalismus geleitet, während der Süden durch seine Abhängigkeit von der Sklaverei an einer feudalen, rückständigen Ökonomie festhielt, in der es wenig Raum für Gewinnkalküle und wirtschaftliche Entwicklung gab. Dies habe, so die These weiter, zum Sieg der Nordstaaten im Bürgerkrieg geführt.

Mit anderen Worten: Die auf Sklaverei aufgebaute Ökonomie der Südstaaten sei von vornherein dem Untergang geweiht gewesen, da sie sich vom Hauptkurs der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung entfernt habe.

Baptist zeigt nun auf überzeugende Weise, wie der unternehmerische Lohnkapitalismus im Norden und Westen und der Sklaven-Kapitalismus im Süden synergetisch zusammenspielten, wie sie sich gegenseitig beflügelten und wie sie sich selbstverständlich beide an Gewinn und Entwicklung orientierten. Die Sklaverei war danach keineswegs ein dem Untergang geweihter Verrat am amerikanischen Lehrbuchkapitalismus, sondern im Gegenteil eine wichtige Funktion innerhalb dieses Kapitalismus.

Die Falle des Binarismus



Amy L. Brandzel, *Against Citizenship: The Violence of the Normative*. Urbana: University of Illinois Press, 2016. 236 pp.²

Wie können sich Kritik allgemein, engagierte Zivilgesellschaft, parteiische Kampagnen und kritische Wissenschaft in brisanten sozialen Debatten positionieren, ohne selbst in die binäre Falle der Schwarz-Weiß-Stereotypen zu gehen und am Schneeball-System der Ausgrenzungen zu partizipieren?

Anhand einer Reihe von Fallstudien deckt Brandzel's *Against Citizenship* auf, wie schnell sich gerade kritische Ansätze, die aus guten Gründen Partei ergreifen, in falsche Dichotomien verstricken. Die Autorin zeigt z.B. am Begriff der Staatsbürgerschaft auf, wie dieser ein Wettrennen um Zugehörigkeit auslöst, dessen TeilnehmerInnen (in der Regel benachteiligte, diskriminierte Minderheiten, aber eben auch ihre FürsprecherInnen) stillschweigend hinnehmen, dass sie im Erfolgsfall andere Nicht-Zugehörige zurücklassen oder erst definieren. Teilweise sehen sich Minderheiten genötigt, andere als weniger benachteiligt zu definieren und Hierarchien der Benachteiligung zu vertreten, um selbst bevorzugt zu werden. Über das Prinzip der Staatsbürgerschaft können daher Bevölkerungen nach

² Ich referiere hier die wichtigsten Aspekte der Rezension von Ilgin Yorukoglu (Borough of Manhattan Community College), online unter <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46908>

dem Motto ‚Teile und herrsche‘ kontrolliert werden.

Darüber hinaus zwingt es Minderheiten, sich selbst essenziell zu definieren – sich selbst auf Alleinstellungs-Merkmale zu reduzieren, da nur über sie im System der Staatsbürgerschaft das Szenario der Diskriminierung und damit das gleiche Recht auf Zugehörigkeit reklamiert werden kann. Dies aber bedeutet, dass das System der Staatsbürgerschaft eine intersektionelle Perspektive unterbindet – und damit Koalitionen, d.h. einen Machtzuwachs bei den generell von Ausschluss Betroffenen. Sie sind aus der Perspektive der Inhaber der Staatsbürgerschaft Bürger zweiter Klasse und werden nicht nur mit den entsprechenden Katalogen von (negativen) Eigenschaften belegt: Letztlich ist die Entscheidung über Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit mit dem Szenario des Lebenlassens oder des Sterbenlassens der Nicht-Zugehörigen notwendig verknüpft.

Brandzel bietet allerdings keine taktischen Lösungen für das Dilemma. In ihren drei Fallstudien zu „same-sex marriage law, hate crime legislation, and Native Hawaiian sovereignty and racialization“ zeigt sie lediglich auf, wie Binarismus rhetorisch und propagandistisch funktioniert und dementsprechend nur über die Analyse, Offenlegung und Entzauberung dieser Prozesse bekämpft werden kann. Auch engagierte, Partei ergreifende Positionen müssen dies bedenken.

Potenzielle Pulverfässer

Stephen M. Saideman, R. William Ayres. *For Kin or Country: Xenophobia, Nationalism, and War*. New York: Columbia University Press, 2015. xi + 288 pp., ISBN 978-0-231-14479-7³

Nach dem Ende der Balkan-Kriege (1995) sah es so aus, als ob die durch Pan-Ideologien (Irredentismus) ausgelösten Konflikte zumindest in Europa an Bedeutung verloren hätten. Dementsprechend

³ Ich referiere hier die Hauptpunkte der Rezension von Anna Batta (Air War College) unter <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=45654>



schilderten Stephen M. Saideman und R. William Ayres in der ersten Fassung ihres Buchs (2008) Russland, Ungarn und Rumänien als nicht (mehr) akute Schauplätze von Annexionspolitik. Doch Russlands Annexion der Krim (2014) und seine Ost-Ukraine-Politik waren der Anlass, erneut nach der potenziellen Dynamik von Schauplätzen zu fragen, in denen Pan-Ideologien historisch latent sind, die also auf „die Zusammenführung möglichst aller Vertreter einer bestimmten Ethnie in einen Staat mit festen Territorialgrenzen“ zielen.⁴

Die Autoren stoßen auf eine erschreckend lange Reihe potenzieller ‚irridentistischer‘ Kandidaten, aber auch auf die Frage, warum die einen friedlich (‚Schläfer‘) bleiben, andere in aggressive Modi geraten oder geraten sind. Die Autoren verweisen zunächst auf die beiden Weltkriege, auf die großserbische Ideologie und auf Hitlers ‚Heimholung‘ der Sudeten, um das ungeheure destruktive Potenzial solcher Konflikte zu umreißen. Als vergangene und gegenwärtige Hot-Spots gelten Kosovo, die Kaschmir-Region zwischen Indien und Pakistan und die Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan.

Nach Auffassung der Autoren ist Irredentismus grundsätzlich vom Vorhandensein vorgeschichtlicher Hass-Erzählungen abhängig, aber auch vom Kalkül führender Eliten, was ihrem Machterhalt (nicht was dem Land) mehr nützt. In aller Regel nehmen sie eine recht rationale Nutzen-Kosten-Rechnung vor, bevor sie irridentistische Konflikte lostreten. Wenn der Preis hoch sein könnte, etwa

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Irredentismus>

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis



Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)

EDITION
DISS

Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.

edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Unrast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Rätzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.)



Bente Gießelmann, Robin Heun,
Benjamin Kerst, Lenard Suermann,
Fabian Virchow (Hg.)

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

2015 Schwalbach: Wochenschau-Verlag
368 S., 24,80 €

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuldkultur sprechen?

Die Autorinnen und Autoren dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft.

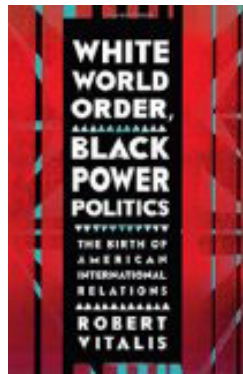
Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit.

Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

auch durch die Destabilisierung des eigenen Landes, werden sie zurückschrecken. Ebenso, wenn die Vorteile durch übernationale Allianzen (EU, Nato) viel höher sind. Wenn diese Gegengründe nicht vorliegen, werden betreffende Eliten auch gegen die Interessen ihres Landes Konflikte anzetteln.

Die Autoren illustrieren ihre Thesen anhand einer ganzen Reihe von Fallstudien, u.a. zu Kroatien, Serbien, Nagorny-Karabach, Ungarn, Rumänien, und im Fall der russischen Minderheiten in verschiedenen Ländern, die – anders als im Fall der Krim und der Ostukraine – bisher kein Interesse an der ‚Heimkehr‘ hatten. Derzeit fallen auch Ungarn und Rumänien unter die Kategorie der nicht-akuten Staaten. Als das größte Wunder betrachten die Autoren, dass die russischen Eliten den Zerfall der Sowietunion hinnahmen, ohne zu irridentistischen Strategien zu greifen. Das Buch stellt insgesamt ein neues politologisches Messinstrument bereit.

Diskurse und Gegendiskurse



Robert Vitalis. *White World Order, Black Power Politics: The Birth of American International Relations. The United States in the World Series.* Ithaca: Cornell University Press, 2015. 288 pp.

Robert Vitalis untersucht in den neun kompakten Kapiteln seiner Untersuchung die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der für die USA typischen akademischen Disziplin der „American International Relations“. Er schildert das Fach als eine Mischung aus Politologie, Soziologie und als Rekrutierungsfeld für spätere Beamte oder politische Berater im Bereich der US-Außenpolitik. Für seine

Untersuchung wertete Vitalis Zeitschriften, Konferenzpapiere, internationale Berichte, Lehrbücher, politische Strategiepapiere und sogar Tagebücher von Forscherkollegen zwölf US-Archive, aus.

Nach Vitalis bedeutete ‚international relations‘ zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die Begründer des Fachs schlicht ‚Rassenpolitik‘. Die Transformation des (‘wissenschaftlichen’) Rassismus des 19. Jahrhunderts in (‘wissenschaftlichen’) Imperialismus diente letztlich dem Ziel, das 20. Jahrhundert zum ‚weißen‘ Jahrhundert zu machen. Die Leitfrage für diese Forschergeneration war es vor allem, effiziente Formen der kolonialen Verwaltung zu entwickeln, dabei aber ‚Rassenkriege‘ zu verhindern, die das ‚weiße‘ Projekt bedroht hätten. Thematische Schwerpunkte waren hier atlantische Schauplätze (Kuba, Puerto Rico), die West-Indischen Inseln und der pazifische Raum (Guam, die Philippinen, Hawaii). Nach 1945, bzw. in der Ära des Kalten Kriegs, kam es zu einer massiven Stärkung dieses akademischen Arms des Imperialismus durch ein Labyrinth privater und öffentlicher Sponsoren.

Und doch gab es auch ein Zentrum des Gegendiskurses. Es fand sich in einer Kerngruppe schwarzer Howard-University-Professoren (‘Howard School’), darunter W. E. B. DuBois und E. Franklin Frazier, die die imperialistische Ausrichtung von International Relations, bzw. den Konnex zwischen Rasse und US-Außenpolitik zum Thema machten. Zwar wurde die Howard School aus der reaktionären Mitte des Fachs heraus marginalisiert, u.a. über exotistische Charakterisierungen. Dennoch konnte die Howard Gruppe eine nachhaltige diskursive Gegenposition aufbauen, nicht zuletzt, indem sie den von der US-Außenpolitik betroffenen schwarzen, bzw. indigenen Bevölkerungen in der ganzen Welt eine Stimme gab, aber auch der schwarzer Minorität im eigenen Land. Howard hatte sich so, auch wenn die Mittel knapp waren, bereits bis 1969 zum machtvollen Raum für alternative Konzeptionen des Fachs entwickelt. Das Buch entfaltet die spannende Entwicklung des Konflikts und der Emanzipation der Howard School.

Genealogie als Kritik.

Eine Skizze für eine Erweiterung Kritischer Diskursanalyse

Von Siegfried Jäger

Das Konzept der Genealogie stützt sich einmal auf Karl Marx und seinen Text „Der 28. Brumaire des Louis Napoleon“ (MEW 8, 115ff.). Dort heißt es gleich zu Beginn: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbst gewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.“ (115) (usw.)

Zum anderen stützt sich das Konzept auf Nietzsche, der den Text „Zur Genealogie der Moral“ verfasst hat. Dieser Text ist eine Dekonstruktion der christlichen Moral seiner und weitgehend unserer Zeit. Sein Diktum „Gott ist tot“ war auch für Nietzsche selbst ein großes Problem, da für sein Selbstverständnis die Tatsache eines lebendigen Gottes fundamental war. Dies erklärt auch seine eigene wütende Auseinandersetzung mit denjenigen, die ihn deshalb radikal angriffen, verfälschten und diffamierten.

Auf Nietzsche wiederum stützt sich Michel Foucault in seinem Text „Nietzsche, die Genealogie, die Historie“ (Kleine Schriften Band 2, 166-191) Foucaults Text ist mit Marx und Nietzsches Äußerungen absolut kompatibel. Foucault orientierte sich eindeutig an Nietzsche und als hervorragender Kenner der Marxschen Schriften höchstwahrscheinlich auch an dem Brumaire-Text. Sein Bezug zu Nietzsche besteht darin, dass er dessen und Marx' Gedanken aufgriff und seine eigene Fassung der Genealogie daran orientierte, ohne diesen Gedanken platt zu übernehmen. Eine prinzipielle aktuelle Auseinandersetzung mit dem Konzept der Genealogie als Kritik bei Foucault und Nietzsche ist die Habilitationsschrift von Martin Saar¹ mit dem Titel „Genealogie als Kritik“. Im Übrigen ist das Verhältnis von Foucault und Marx vielfach diskutiert

¹ Siehe meine Rezension im DISS-Journal 28

und bei dem französischen Intellektuellen Etienne Balibar wohl am besten charakterisiert in dem Text: „Foucault und Marx. Der Einsatz des Nominalismus“.

Balibar bescheinigt Foucault, dass er sich an den Werken von Marx sein Leben lang ständig abgearbeitet hat. Die Kritik an Foucault wegen seiner angeblichen Affinität zu Nietzsche scheint daher völlig haltlos. Zum Thema Genealogie und Kritik siehe auch die interessanten Ausführungen von Ulrich Brieler in seinem Aufsatz „Erfahrungstiere‘ und ‚Industriesoldaten‘. Marx und Foucault über das historische Denken“.

Das bisherige Problem meiner Kritischen Diskursanalyse (KDA) war das Problem der Kritik, das Foucault anhand von Genealogie und dem philosophischen Problem der objektiven und/oder nur jeweils gültigen Wahrheit angegangen ist. Objektive Wahrheit gab es für Foucault nicht, daher auch keine Begründung für eine objektive Kritik. Dieses Problem versuchte Foucault eben mit der Genealogie anzugehen, die als solche kritisch sei, ohne sich auf einen objektiven Wahrheitsbegriff stützen zu müssen. Dies war in der bisherigen KDA bisher unterbelichtet und wird in der geplanten Neuauflage entsprechend berücksichtigt werden.

Zentral ist dabei natürlich Foucaults grundlegender Artikel. Dieser ist ein ziemlicher Hammer, (wie Nietzsche auch) und sein kritisches Potential ist nicht so leicht zu fassen wie Marxens Alp der toten Geschlechter. Für unsere Zwecke aber sind seine Ausführungen von besonderer Wichtigkeit.

Nicht zu vergessen ist Martin Saar's „Genealogie als Kritik, Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault“, (Frankfurt: Campus, 2007). Meine Rezension im DISS-Journal greift da noch etwas zu kurz. Wichtig für das Konzept der Kritik sind zusätzliche Möglichkeiten

der Kritik, die sich auf Verletzungen zeitweilig gültiger Wahrheiten stützen, etwa Grundgesetz, Menschenrechte, Verträge, hochgehaltene Moralen („abendländische Werte“, Heucheleyen), etc. beziehen.

Einige Überlegungen zur Materialbeschaffung für ein genealogisches Projekt

Dafür gibt es meines Wissens bisher keine „Gebrauchsanweisung“.² Genealogische Analysen von Foucault selbst sind z.B. „Überwachen und Strafen“ sowie „Sexualität und Wahrheit“. Auch die Foucault-Biographie von Didier Eribon ist interessant, wo dieser beschreibt, wie Foucault stundenlang in Archiven herumgekrochen ist und verborgene Schätze suchte, die in der traditionellen Geschichtsschreibung kaum beachtet worden sind. Eine genealogische Diskursanalyse sollte sich in einem ersten Schritt auf eine Analyse der Gegenwart stützen, wie sie in den bisherigen Auflagen der KDA entwickelt wurde. Schwieriger ist allerdings die Beschaffung der Materialgrundlagen für die Analyse des historischen Hintergrundes. Diese kann sich jedoch zusätzlich auf die traditionelle Geschichtsschreibung stützen, die allerdings sehr präzise auf ihre Vollständigkeit hin befragt werden sollte. Interessante Materialien ergeben sich hier auch bei der Untersuchung historischer diskursiver Ereignisse, da diese die weitere Entwicklung ganzer Diskurse bis hinein in die Gegenwart prägen. Es empfiehlt sich zudem genealogische Analysen Foucaults daraufhin zu überprüfen, wie er selbst bei der Materialbeschaffung verfahren ist. Ein bisschen Phantasie und Experimentierfreudigkeit sind dabei, wie immer bei Diskursanalysen, zusätzlich gefragt.

² Allerdings gibt es erste Ideen, so etwa bei Wolfgang Kastrup in seinem Artikel zur Genealogie bei Marx. im DISS-Journal 29. (Vgl. auch die dort angegebene Literatur.)

Das Mombasa-Syndrom oder: Rassismus à la carte

Von Jobst Paul

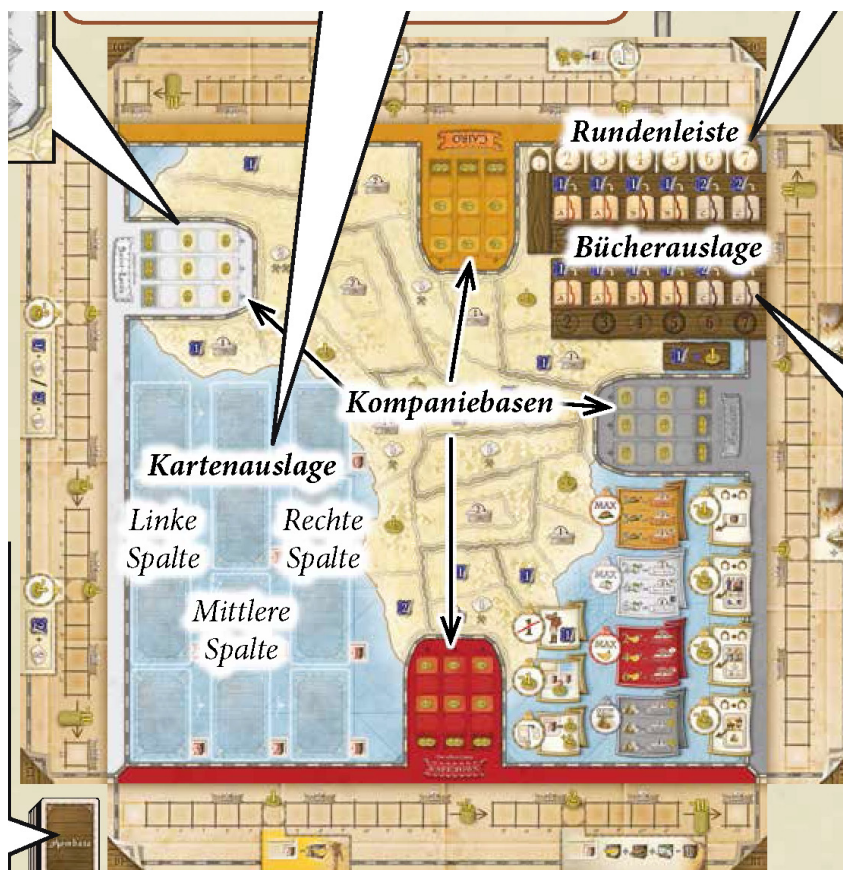
Gewinner des „Hauptpreises und Träger des Deutschen Spielepreises 2016“ ist Alexander Pfister mit seinem Spiel ‚Mombasa‘.¹ Der Preis steht in Zusammenhang der ‚SPIEL 16‘, der weltweit größten Publikumsmesse für Gesellschaftsspiele, die – ebenso wie der Preis selbst – vom auf Spiele spezialisierten Friedhelm Merz-Verlag² ausgerichtet wird und in diesem Jahr vom 13.- 16. Oktober 2016 in Essen stattfand.

Vor uns auf der Karte, wie ein zu verspeisender Kuchen, liegt Afrika, mit groben Linien in Stücke, d.h. in Interessen- und Rohstoffphären, aufgeteilt und von den Stützpunkten von vier Handelskompanien belauert: von Osten her in Mombasa (Kenia), von Süden her in Kapstadt, von Westen her in Saint-Louis (Senegal) und von Norden her in Kairo. Ein Spiele-Rezensent schwärmt: „Auf einem schönen, in gedeckten Tönen gehaltenen Afrika-Spielplan mit variabel anlegbaren Kompanieleisten breiten sich viele kleine Holzkontore aus. Tintenfässchen und funkeln-de Kunststoff-Edelsteine wandern über stabile Spieler-Kontortafeln. Holzmarker zum Einsetzen, Pappplättchen und hübsch gestaltete Waren- und Aktionskarten runden das stimmige Material ab.“

Ganz entsprechend dürfen wir auf dem Karton-Cover des Spiels einem Kolonial-

1 Auch in Portugal wurde ‚Mombasa‘ zum Spiel des Jahres: <https://www.boardgamegeek.com/thread/1631302/mombasa-wins-game-year-jogo-ano-spiel-portugal>.

2 Der Journalist Friedhelm Merz war u.a. Politredakteur bei der katholischen Wochenzeitung ‚Publik‘, 1972 Mitarbeiter und Redenschreiber von Erhard Eppler, dann Referent und Redenschreiber Willy Brandts. 1974-76 war er Chefredakteur des ‚sozialdemokrat-magazins‘ und 1976-78 der SPD- Zeitung ‚Vorwärts‘; 1978-85 leitete er den Vorwärts-Verlag. Aufgrund rückläufiger Auflagen wechselte Merz in die Privatwirtschaft und gründete den Friedhelm Merz Verlag für Spiel und Kommunikation, in dem Spiele-Fachzeitschriften erschienen.



herrn über die Schulter sehen. Er hat nicht nur seinen Deutsch-Südwest-Tropenhut auf dem Klapptisch abgelegt, sondern auch die neuen, von ihm begutachteten Diamanten. Vom Tisch fällt der Blick durch das geöffnete Zelt ins Freie, von wo sich ihm drei schöne afrikanische Frauen mit gefüllten Körben auf ihren Köpfen nähern. Übrigens trägt der Kolonialherr irgendetwas in sein Büchlein - vielleicht sein Tagebuch - ein. Die Spielanweisung gibt zu Beginn den Text wieder:

„Wie erwartet hat die Ostafrikanische Kompanie³ ihr Netz aus Handelsposten

3 Kenia war zunächst deutsches Protektorat. Die Macht wurde 1898 an die Briten übergeben. Seit 1888 errichtete die Imperial British East Africa Company Stationen entlang der bestehenden Karawanenrouten und der künftigen Eisenbahntrasse. Einzelne Chefs im Inneren, die bereits mit Elfenbein und Sklaven

bis weit in den Westen vorangetrieben. Sie konnte sogar mehrere Diamantenminen für sich erschließen. Es scheint mir daher nur folgerichtig, unsere jüngsten Erträge hier in Mombasa zu investieren, statt weiterhin unser konkurrenzloses Engagement in Kapstadt zu pflegen. Es kann ja nur zu unserem Vorteil gereichen, mehrere Eisen im Feuer zu haben. Und wenn der Tag der Abrechnung da ist, wird sich zeigen, ob unser Anhäufen von Anteilen und unser kompromissloser Eifer es wert waren.“

handelten, kooperierten, unterstützt von Masai, die sich als Hilfs-Militär verpflichteten. Zwischen 1890 und 1914 kam es zur brutalen Niederschlagung des Widerstands der Bevölkerung und der Zerstörung aller kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen. Große Teile der fruchtbaren Gebiete wurden an weiße Siedler verpachtet oder verkauft. (Zusammenfassung aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Kenias).

„Generell sind meine Spiele wenig auf Konflikt ausgelegt, ich hatte also noch nie Probleme mit einem Verlag bezüglich des Themas.“

aus: Michael Weber: Alexander Pfister über sein Brettspiel Mombasa: Friedliches Kolonialwirtschaften (17.09.2015). Vgl. <http://www.reichder-spiele.de/specials/alexander-pfister-brettspiel-mombasa-0000226>

Der Wiener Autor des Spiels, Alexander Pfister (44), hat Wirtschaftswissenschaften studiert, arbeitet „als Selbstständiger im Finanzbereich“ und kann sich daher „die Zeit gut einteilen, was beim Spielerefinden hilft.“

Unter dem Titel ‚Afrika 1830‘ hatte er 2011 mit demselben Spiel schon einmal einen ersten Preis gewonnen, damals beim Hippodice Spieleclub e. V.. Damals lautete die Spielanleitung: „Die Spieler schlüpfen in die Rolle von Investoren von Handelskompanien in Afrika des 19. Jahrhunderts. Um Anteile erwerben zu können, bewirtschaften die Spieler Plantagen oder schürfen in Minen nach Gold. Wer die meisten und wertvollsten Anteile besitzt, d.h. der reichste Spieler, gewinnt.“⁴ Oder wie es ein Rezensent der Neuauflage des Spiels unter dem Titel Mombasa knackig formuliert: „Bananen, Baumwolle, Kaffee und Diamanten: die Schätze des afrikanischen Kontinents versprechen Fortschritt und Reichtum. Doch unsere Ressourcen sind begrenzt und die Konkurrenz schläft nicht.“⁵

Tatsächlich lässt die Aufmachung des Spiels keinen Zweifel, dass sich hier europäische Investoren und Spekulanten über Afrika hermachen, um den Preis der Arbeitskraft, der Gesundheit und des tausendfachen Todes ihrer afrikanischen SklavenarbeiterInnen. Dementsprechend meint ein Rezensent daher sarkastisch⁶: „Kolonialismus und Imperialismus sind keine Schimpfworte, nein,

4 <http://www.hippodice.de/index.php/awb-2011details-de>.

5 <http://www.spielkult.de/mombasa.htm>.

6 <https://de.trictrac.net/news/diamanten-kompanien-und-buchhalter>.

viel mehr versprechen sie Wohlstand und befriedigen die nationale Großmannsucht. Die Industrialisierung macht Europa reich und die Arbeiter arm. Noch ärmer sind nur die Menschen in den Kolonien in Übersee, denn ihr Land wird ausgebeutet und sie als Wilde verschrien. Ja, der Hintergrund des Spiels ist unbequem. Muss man das überhaupt spielen oder glorifiziert man am Tisch Ausbeutung und irgendwo auch Rassismus?“

Andere Kritiker⁷ fordern Pfister daher ironisch auf, doch einmal ein Spiel zu schaffen, in dem „der 2. Weltkrieg nachgespielt wird“ und in dem es „um die Plünderung der jüdischen Besitze geht“, aber eben so, dass die Spieler meinen, es gehe „doch nur um die Besitze, die Menschen sind doch gar nicht involviert“.

Alexander Pfister kann diese und andere Vorwürfe nun überhaupt nicht verstehen. Mit „der Verortung in Afrika zu Zeiten der Kolonisierung“ thematisiere das Spiel die historisch damit verbundene Ausbeutung von Menschen ja gar nicht. Es handele sich nämlich ausdrücklich nicht „um eine historische Simulation, sondern um ein fiktionales Spiel mit fiktionalen Handelskompanien“, d.h. letztlich nur um ein „Handelsspiel“. Es wäre doch schade, so Pfister weiter, „wenn man kein fiktionales Wirtschaftsspiel in Afrika machen kann, weil jeder gleich an Kolonialzeit denkt. Afrika ist ein schöner und wirtschaftlich durchaus auch aufstrebender Kontinent - natürlich gibt es große regionale Unterschiede.“

Und weiter: „Nein, die Länder werden definitiv nicht geplündert, sondern es werden Handelsposten errichtet. Das bestimme ich so als Autor ...“ Es sei natürlich gut, „wenn diese Zeit nicht in Vergessenheit gerät, sondern thematisiert wird“, aber bitte außerhalb von Mombasa. Denn entscheidender sei für ihn, „dass wir mit dem Spielen ein schönes, friedliches und freundschaftliches Hobby haben. In einer Welt, die aktuell sehr aggressiv (geworden) ist.“ Es sei beleidigend, ihn (Pfister) gleich als ‚rassistisch‘ zu bezeichnen, nur weil er eine andere Meinung habe.

7 Vergleiche zum Folgenden: <http://alexanderpfister.blogspot.de/2015/07/mombasa-ein-fiktionales-spiel.html?m=1>.

„Zieh deinen Diamanten-Marker auf deiner Diamantenleiste die angezeigte Anzahl Felder vorwärts. (Ignoriere die Minensymbole unter den Diamantensymbolen. Sie spielen hierfür keine Rolle.)“

Aus der Spielanleitung zu ‚Mombasa‘

Inzwischen haben sich der verantwortliche Eggert-Verlag und offenbar auch die Spiele(r)-Community auf Pfisters Lesart verständigt und dem Leugnen und Verdrängen eine nette Form gegeben. Der Verlag ergänzte seine Spiele-Anweisung nun lediglich mit dem Hinweis, dass Handelskompanien „untrennbar mit einem dunklen Kapitel der Geschichte verbunden“ waren, dem Kolonialismus, und dass dieser „für Ausbeutung und Sklaverei“ stand.⁸

Für die Spiele-Community stehen Stimmen wie die von Jörg Köninger vom Portal ‚Cliquenabend‘⁹, oder von Ingo Hackenberg¹⁰, dem Chefredakteur des Online-Portals ‚Spielkult‘. So meint Köninger, das Spiel sei „durch die Kolonien“ und wegen „der Ausbeutung Afrikas nicht jedermanns Geschmack“, doch diese Thematik spüre „man im Spielverlauf überhaupt nicht.“ Und Ingo Hackenberg sekundiert: „Der von manchen Kritikern unterstellte Rassismus ergibt sich einzig aus dem dafür nötigen historischen Hintergrundwissen zum gewählten Spielsetting. Wer dieses Wissen nicht hat und auch nicht darauf gestoßen wird, bekommt im Spiel davon nichts mit.“

Es scheint, dass der Rassismus der Mitte in der Tat nicht vorhanden ist, wenn man darauf nicht gestoßen wird.

8 <http://www.spielkult.de/mombasa.htm>

9 <http://www.cliquenabend.de/spiele/523500-Mombasa.html>

10 Als Lektüre wird empfohlen: Jürgen Osterhammel und Jan C. Jansen, Kolonialismus - Geschichte, Formen, Folgen. Verlag C. H. Beck, München, 2009.

Nachruf auf Heinrich Strunk

Als Anfang der 1990er Jahre in Deutschland rassistische Gewaltexzesse stattfanden, bei denen Einwander_innen und Flüchtlinge verletzt und traumatisiert wurden und zu Tode kamen, haben auch wir vom DISS versucht, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen und zu stärken, in der Rassismus keinen Platz haben sollte. Daran hat sich auch unser Freund Heinrich Strunk beteiligt, in dem er mit künstlerischen Mitteln für Humanität und Gerechtigkeit eintrat. Während seiner Zeit als DISS-Mitarbeiter von 1991 bis 1993 entstanden so ein antirassistischer (immerwährender) Kalender und eine Ausstellung antirassistischer Plakate. Seine Intention war dabei, auf humorvolle Weise andere Sichtweisen in die diskursive Auseinandersetzung zu bringen.



Mit Bestürzung mussten wir erfahren, dass Heinrich Strunk am 9. Oktober 2016 verstorben ist. Wir verlieren mit ihm einen zuverlässigen Weggefährten und langjährigen Freund. Mit dem Abdruck von Teilen der Ansprache, die sein Freund Uwe Loss auf der Trauerfeier hielt, möchten wir die Erinnerung an ihn lebendig halten. (M.J.)

Lieber Heinrich

Beim Versuch, mit Worten ein Bild von Dir zu zeichnen - und das kann nur unvollständig sein - ist Deine Grundeinstellung zu Anderen einer der wichtigsten Aspekte. Du warst kein Lautsprecher, manchmal sogar etwas introvertiert.

Wer Dir begegnete, wusste schnell, dass Du ein ganz besonderer Mensch bist ... Du konntest mit dem Herzen denken, das Streben nach Gerechtigkeit war Deine wohl wichtigste Überzeugung. Du warst der Ansicht, dass Menschen durch ihr Wollen, Wissen und Können eine friedfertige und lebenswerte Gesellschaft bilden können. Dabei werden wir künftig auf Deinen Rat und Deine Hilfe verzichten müssen.

Lieber Heinrich

Geboren bist Du 1949 im polnischen

Zabrze, übersiedelt mit 17 Jahren in die Bundesrepublik, nach eigener Aussage für Dich kein einfacher Schritt.

Alles war neu und Du musstest das hier gesprochene Deutsch lernen. Du trafst auf eine Gesellschaft, in der durch das sogenannte Wirtschaftswunder, aber auch durch Studenten- und Protestbewegung vieles im Umbruch war.

In dieser Zeit wurde es für uns alle möglich, freiwillig und mit friedlichen Absichten in fremde Länder zu reisen, Auto zu fahren und in neuen Formen wie Wohngemeinschaften unbehelligt zusammen zu leben.

All dies war für unsere Elterngeneration nicht selbstverständlich, wir waren die ersten, die all das in Anspruch nehmen konnten. Wir waren als Erwachsene die Nach-68er und konnten von vielem profitieren, wie etwa der Enttabuisierung des Sexuellen und dem allmählichen Aufbrechen autoritärer Strukturen. Bei der Gleichstellung von Mann und Frau gab es endlich Fortschritte und es gab zumindest hier keinen Krieg.

Die Bildungsreformen der Siebziger ermöglichten vielen von uns den Hochschulzugang. Nach Deinem Zivildienst studierst Du „auf Lehramt“ in Duis-

burg, jedoch war von frühen Kindesbeinen an, das künstlerische Gestalten Deine eigentliche Berufung.

Solange ich Dich kenne, war das Zeichnen und Malen Deine große Leidenschaft. Folgerichtig studierst Du nach dem ersten Staatsexamen Design an der Folkwang-Hochschule in Essen.

In Deinem eigenen Atelier (ein ehemaliges Waschhaus in einer Wohnsiedlung) hast Du Deinen unverkennbar markanten Stil erarbeitet. Du versuchtest Dich mit immensem Fleiß ständig künstlerisch weiter zu entwickeln, indem Du mit Formen, Farben und Strukturen experimentierst.

Impressionen von Auslandsreisen lieferten Dir ebenso Impulse wie das genaue Beobachten von Alltagsbegebenheiten und Landschaften am Niederrhein. Zu diesem Zweck warst Du auch oft mit der Fotokamera unterwegs, dabei begleitete Dich in den letzten Jahren meist Dein Dackel „Tito“. Du sahst Dein Atelier als Arbeitsstätte an und sagtest auch oft: „Ich muss noch auf Arbeit“.

Über die Jahre entstanden hunderte Exponate, von denen einige in Einzel- und Gruppenausstellungen zu sehen waren. In den letzten Jahren interessiertest

Du Dich auch für die Verbindungen zwischen Musik und Malerei.

Es machte Heinrich Spaß, sein Wissen und Können in Mal- und Zeichenkursen (z.B. an der VHS) weiter zu geben. Gelegentlich gab es kleine Ausflüge in die „Gebrauchskunst“. So gestaltete er Logos für die Studentenkneipe Finkenkrug, Bucheinbände oder entwarf ein antirasistisches Protestplakat nach dem Brandanschlag in Solingen.

Ein Künstlerleben ist für die meisten nicht leicht. Großen Respekt hatte ich vor Deiner Stehaufmännchen-Mentalität. Du hast dich auch nach unschönen Erfahrungen nicht hängen lassen - im Gegenteil. Du hast konsequent Auswege verfolgt und Dir Ziele gesetzt.

Für deinen Lebensunterhalt musstest Du immer auch arbeiten, warst Dir aber auch für nichts zu schade.

Auch einen anderen Lebensbereich, den ich sehr wichtig finde - nämlich Deinen Humor - möchte ich hervorheben. Heute ist nicht der Tag, Beispiele dafür zu nennen. Aber Dein verschmitztes Lächeln, das oft in herzhaftes Lachen überging und Deine mitunter diebische Freude über bestimmte Begebenheiten sind Dinge, die ich nie vergessen werde.

Überhaupt heißt es ja, nur Menschen, die man vergisst, seien wirklich tot. Daran ist was Wahres. Im Sinne von Demokratie und Menschlichkeit hätten wir immer Seit' an Seit' gestanden, dessen bin ich mir sicher. Solche Freunde vergisst man nicht. Viele Gedanken von Dir stimmen mit meiner eigenen Denkrichtung überein. Ich werde sie weitertragen, das ist fest versprochen.

In den letzten Tagen habe ich natürlich besonders viel über Dich nachgedacht. In der Gesamtschau - glaube ich - und das werden wohl Anverwandte und Freunde genauso sehen, hast Du ein erfülltes Leben gelebt, das nur zu früh endete. Heinrich, du hast es gut gemacht! Und: Du weißt ja: „Niemand geht man so ganz. Ein Teil von Dir bleibt hier.“



Anfang der 90er Jahre hat Heinrich Strunk einen „Universalkalender“ für das DISS entworfen. (hier das Titelblatt) Von ihm stammt auch das DISS-Logo.

Heimatfront Flüchtlingsheim

Von Rolf van Raden und Maren Wenzel

Die deutschen Inlandsgeheimdienste (Selbstbezeichnung: Verfassungsschutz) stehen in der Kritik. Die Finanzierung von Neonazi-Strukturen durch das V-Leute-System, die mutmaßliche Verstrickung in die rechtsterroristische NSU-Mordserie und die Behinderung der Aufklärungsarbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse sind nur einige der Gründe, wegen der Kritiker*innen die Auflösung der Behörden fordern. Tatsächlich ist der Verfassungsschutz jedoch so aktiv wie eh und je. Das trifft auch auf seine PR-Abteilungen zu, die jährlich die umstrittenen „Verfassungsschutzberichte“ publizieren. Eine besondere Perle hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz im August 2016 in den Umlauf gebracht.

„Wie erkenne ich extremistische und geheimdienstliche Aktivitäten?“, so lautet der Titel einer 35-seitigen Broschüre, die als „Handreichung für Flüchtlingshelferinnen und Helfer“ dienen soll. „Leisten Sie einen Beitrag zum Schutz Ihrer Familie, Ihrer Verwandten und Freunde und damit zum Schutz unserer gesamten demokratischen Ordnung!“, fordern darin die PR-Strategen des Innenministeriums die Aktiven der Flüchtlingsarbeit auf.

Für die neue Broschüre haben die Verantwortlichen eins zu eins die Struktur der Verfassungsschutzberichte kopiert: Islamismus, Ausländerextremismus, Rechtsextremismus, ausländische Geheimdienste und natürlich Linksextremismus, das sind demnach die großen Gefahren, die im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften lauern. Salafistische Anwerbeversuche von Geflüchteten, neonazistische Anschläge auf Geflüchtete, linkes Engagement gegen Abschiebungen und für Geflüchtete – diese völlig unterschiedlichen Phänomene sind in dieser Darstellung gleichermaßen „extremistisch“.

„Als ich die Broschüre gelesen habe, dachte ich einfach nur, das sei ein Witz, ehrlich gesagt“, sagt Sarah F.* Sie engagiert sich seit einem Jahr in einer Initiative ehrenamtlich sowie politisch für Geflüchtete. „Ich finde, es ist eine Frechheit, den Menschen, die sich für bessere Le-

bensbedingungen von anderen Menschen einsetzen, mit der Extremismuskeule zu kommen“, sagt Sarah.

Die Beispiele, die der Verfassungsschutz zeichnet, seien unfassbar, findet die Aktivistin. Dort heißt es als „Fallbeispiel zu linksextremistischen Aktivitäten mit Flüchtlingsbezug“ unter anderem:

„Als Gegenreaktion zu einer asylfeindlichen Kundgebung versammeln sich etwa 150 Personen vor einer Erstaufnahmeeinrichtung, in der Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan untergebracht sind. Unter Rufen, wie ‚No Border – No Nation – Stop Deportation!‘, ‚Hoch die internationale Solidarität!‘ oder ‚Kein Mensch ist illegal!‘, entrollen sie Transparente, auf denen ein Kampf gegen die ‚Festung Europa‘ und unter der Losung ‚Die Rechten zu Boden!‘ Reaktionen auf angeblich ‚faschistische‘ Strukturen propagiert werden.“

„Während in der Broschüre rechte Gewalt als Fallbeispiel dargestellt wird, wird antifaschistischer Widerstand gegen die menschenverachtende Brutalität wie etwa in Heidenau und Freital als extremistisch markiert“, sagt Sarah. „Zu einer Zeit, in der Lager angegriffen werden und brennen und die Polizei immer wieder überfordert zusieht, fehlen mir dazu einfach die Worte.“ Ihr gehe es um den Einsatz für die Rechte von Refugees. „Wir be-

kommen immer wieder Hausverbote in Unterkünften, wenn wir gemeinsam mit Geflüchteten gegen Abschiebungen oder die menschenunwürdigen Bedingungen in den Lagern aktiv werden. Dann heißt es ‚keine Politik hier‘ – dabei sollten sich Menschen auch und gerade mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus doch wohl für ihre Rechte und ein besseres Leben einsetzen dürfen.“ Sie befürchtet, dass die aktuelle Broschüre die politische Teilhabe von Geflüchteten als Teil dieser Gesellschaft weiter erschweren und Vorurteile weiter verstärken könnte.



Cover der VS-Broschüre.